

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 14. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am  
28.10.2015**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 14:03 Uhr bis 20:09 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

## Anwesend waren:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Hendrik Lange	Vorsitzender des Stadtrates	
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	bis 21:00 Uhr
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	bis 18:30 Uhr
Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	bis 18:50 Uhr
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Frank Sängler	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	bis 19:40 Uhr
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Ulrike Wünschler	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Swen Knöchel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	bis 17:30 Uhr
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Stan Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Katja Müller	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	ab 14:05 Uhr
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Manuela Plath	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Fabian Borggreffe	SPD-Fraktion	
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion	
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion	
Katharina Hintz	SPD-Fraktion	bis 20:33 Uhr
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion	ab 14:10 Uhr
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion	
Johannes Krause	SPD-Fraktion	
Bernward Rothe	SPD-Fraktion	
Kay Senius	SPD-Fraktion	
Dr. med. Detlef Wend	SPD-Fraktion	
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bis 21:00 Uhr
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bis 21:17 Uhr
Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	ab 15:45 Uhr
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Helmut-Ernst Kaßner	Stadtrat	
Markus Klätte	Stadtrat	ab 14:20 Uhr
Gisela Wagner	Stadträtin	bis 20:10 Uhr
Gerhard Pitsch	Stadtrat	

Egbert Geier  
Uwe Stäglin  
Dr. Judith Marquardt  
Sabine Ernst  
Oliver Paulsen  
Marco Schreyer  
Katharina Brederlow  
Maik Stehle

Bürgermeister  
Beigeordneter  
Beigeordnete  
Verwaltung  
Verwaltung  
Verwaltung  
Verwaltung  
Verwaltung

**Entschuldigt fehlen:**

Dr. Karamba Diaby  
Anja Krimmling-Schoeffler  
Tobias Kogge

SPD-Fraktion  
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)  
Beigeordneter

## zu **Einwohnerfragestunde**

---

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, begrüßte die Bürgerinnen und Bürger sowie die Damen und Herren Stadträte zur 14. öffentlichen Sitzung des Stadtrates und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

### **Frau Katrin Gohr zur Schulsozialarbeit**

---

**Frau Gohr** stellte sich als Interessensvertreterin der Grundschulen August-Hermann-Francke, Ulrich-von-Hutten und Südstadt vor.

Sie informierte darüber, dass sie sich seit dem 1. August an den genannten drei Schulen um eine Finanzierung für jeweils eine Stelle der Schulsozialarbeit bemühen.

Aus der Verwaltung wurde die Neuausschreibung der Stellen als prioritär signalisiert. Und in der Stadtratssitzung am 30.09.2015 wurde darüber informiert, dass die Finanzierung der Schulsozialarbeit an den Schulen in den Haushalt der Stadt Halle eingearbeitet werde soll. Jedoch habe der Oberbürgermeister Widerspruch gegen diesen Beschluss eingelegt.

**Frau Gohr** machte darauf aufmerksam, dass sie sich zwar der Verantwortung des Oberbürgermeisters für eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung bewusst sind, aber man auch die Auffassung vertrete, dass die Konsolidierung des städtischen Haushaltes nicht auf Kosten der Schüler geschehen kann.

In diesem Zusammenhang verwies sie auf die besonderen Bedarfe an den drei Schulen, welche der Verwaltung bekannt sind.

Im Weiteren machte **Frau Gohr** deutlich, dass seit mehr als fast 100 Tagen keine Schulsozialarbeiter mehr an den Schulen tätig sind, die sich individuell mit Schülern oder ihren Eltern auseinandersetzen, Rückzugsmöglichkeiten für traumatisierte Kinder während des Unterrichtstages schaffen, Dolmetscher und Übersetzer vermitteln, bei Behördengängen helfen oder Unterstützung zum Beispiel beim Ausfüllen von Formularen gewähren.

Abschließend erklärte **Frau Gohr**, dass sie als Interessevertretung der Kinder und deren Eltern sehr an einer positiven Lösung interessiert und jederzeit gesprächsbereit ist.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte darüber, dass ein Gesprächstermin schon vereinbart wurde.

Bezüglich der Sozialarbeiterstellen teilte er mit, dass die Verwaltung für die August-Hermann-Francke und die Grundschule Südstadt die Schulsozialarbeit anerkannt habe und die Haushaltsmittel für diese beiden Schulen freigegeben werden.

Er bat jedoch zu beachten, dass ein generelles Einführen von Schulsozialarbeiterstellen immer einen Plan und ein Konzept voraussetzt.

Der vorliegende Antrag sehe nur eine pauschale Genehmigung von Schulsozialarbeiterstellen vor, was nach den haushaltrechtlichen Vorschriften nicht zulässig und nicht möglich sei.

Er gehe auch davon aus, dass in der Diskussion zum Tagesordnungspunkt zum Thema Schulsozialarbeit eine Differenzierung vorgenommen und eine Lösung gefunden wird.

Darüber hinaus merkte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** an, dass zum Beispiel für den dringend benötigten Sprachunterricht für Flüchtlingskinder auch an den genannten Schulen Sprachklassen durch das Land eingerichtet worden sind, was eine Entlastung darstellt.

Aus diesem Grund sei die Frage der direkten Tätigkeit des Schulsozialarbeiters unmittelbar an der Schule von großer Wichtigkeit. Dafür müsse ein klares Konzept vorgelegt werden, was für die beiden genannten Schulen erfolgt ist und die Verwaltung habe die Notwendigkeit und den Bedarf festgestellt.

Für alle anderen Stellen sei in einem Konzept die Notwendigkeit und der Bedarf darzulegen.

**Frau Gohr** teilte mit, dass sie die Schulleiterin der Grundschule Ulrich-von-Hutten ist, welche nicht in den Genuss einer Sozialarbeiterstelle käme. Da sich gegenüber der Schule eine Gemeinschaftsunterkunft befindet, sei es wichtig, den Standort mit einer Schulsozialarbeiterstelle zu unterstützen.

Sie fragte an, ob bei nochmaliger Vorlage eines Konzeptes auch an ihrer Schule eine Sozialarbeiterstelle eingerichtet werden kann.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bestätigte dies und benannte den begründeten Bedarf als Voraussetzung.

#### **Frau Weida zur Schulsozialarbeit**

---

**Frau Weida** sprach als Vertreterin des Schulleiternrates und der gesamten Elternschaft der Grundschule "August Hermann Francke" und führte aus, dass sie davon ausgegangen war, in der Stadtratssitzung am 30.09. ganz konkret den Bedarf dargelegt zu haben.

Bezüglich des Widerspruchs des Oberbürgermeisters merkte sie an, dass die Vorgehensweise des Oberbürgermeisters zwar sparsam ist aber nicht wirtschaftlich.

**Frau Weida** fragte an, ob Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand einen Antrag für die drei Grundschulen bei nachgewiesenem Bedarf der Sozialarbeit entsprechend unterstützten und den vorliegenden Widerspruch zurückziehen wird.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** erklärte, dass er den Widerspruch nicht zurückziehen werde, da der Antrag sehr pauschal ist.

Er machte aber noch einmal die Zusage, dass bei nachgewiesener Notwendigkeit und Bestätigung durch die Verwaltung keine Bedenken zur Einstellung der Schulsozialarbeiter bestehen.

Abschließend wies er darauf hin, dass die Zuordnung zur Schulsozialarbeit vom Land erfolgt und von dort auch die Ablehnung des Antrages kam. Die Verwaltung habe in diesem Fall nur eine „Aushilfsfunktion“.

Deshalb bittet er darum, dass nochmals ein entsprechender Antrag an das Land gerichtet wird, da dort die Zuständigkeit liegt.

In Bezug auf die Ausführungen von Herrn Oberbürgermeister machte **Frau Weida** deutlich, dass weder die Schule noch der Schulleiternrat auf die konkrete Antragstellung Einfluss hatte.

Der nächstmögliche Zeitraum für eine erneute Antragstellung beim Land werde durch den Träger genutzt. Jedoch komme man für die Zeit jetzt und für 2016 ohne die Hilfe der Stadt nicht aus. Sie bat für diesen Zeitraum um die Unterstützung der Stadt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies auf seine gemachten Ausführungen zu dem Thema.

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** ehrte verschiedene Stadträte für ihre langjährige ehrenamtliche Tätigkeit für die Stadt Halle (Saale).

Für 21 Jahre Stadtratstätigkeit: Herrn Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, und Herrn Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion.

Für 16 Jahre Stadtratstätigkeit: Herrn Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, Frau Dr. Bergner CDU/FDP-Stadtratsfraktion, und Herrn Krause, SPD-Fraktion.

Für 25 Jahre Stadtratstätigkeit: Herrn Koehn, SPD-Fraktion, Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, und Herrn Sänger, CDU/FDP-Stadtratsfraktion.

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die 14. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Hendrik Lange**.

Er informierte über die Umbenennung der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI in **Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)**.

**Herr Lange** stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig sind 53 Mitglieder des Stadtrates (92.98 %) anwesend.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte darüber, dass keine Tagesordnungspunkte abzusetzen sind.

Nachfolgende Dringlichkeitsanträge sollen auf die Tagesordnung gesetzt werden:

- 6.15 Zustimmung zur Annahme von Spenden und ähnlichen Zuwendungen  
Vorlage: VI/2015/01344

**Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:** einstimmig zugestimmt  
Vorlage: VI/2015/01344 mit mehr als 2/3 Mehrheit

- 6.16 Beantragung von Städtebaufördermitteln für das Programmjahr 2016 - Nachtrag  
Vorlage: VI/2015/01332

**Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:** einstimmig zugestimmt  
Vorlage: VI/2015/01332 mit mehr als 2/3 Mehrheit

- 8.15 Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zum Haushalt 2016 -  
VI/2015/01200  
Vorlage: VI/2015/01348

**Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:** einstimmig zugestimmt  
Vorlage: VI/2015/01348 mit mehr als 2/3 Mehrheit

- 8.16 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Nutzungskonzepts für das Künstlerhaus 188  
Vorlage: VI/2014/00445

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, begründete die Dringlichkeit damit, dass es um den Ausgleich eines Versehens der Verwaltung geht. Der Antrag hätte auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen. Das Urteil liegt vor und im Kulturausschuss wurde der Antrag bereits beraten und zugestimmt. Insofern müsse der Antrag auf die Tagesordnung des Stadtrates gesetzt werden.

**Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:** einstimmig zugestimmt  
Vorlage: VI/2014/01445 mit mehr als 2/3 Mehrheit

**Herr Lange** informierte über nachfolgende Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung:

6.2.2 Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur BV Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse - VI/2015/00839

Vorlage: VI/2015/01238

*Hierzu wurde der Beschlussvorschlag geändert.*

6.2.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Beschlussvorlage "Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse" (VI/2015/01238)

Vorlage: VI/2015/01240

*Hierzu wurde der Beschlussvorschlag geändert.*

6.2.3 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse (VI/2015/00839)

Vorlage: VI/2015/01079

*Hierzu wurde der Beschlussvorschlag geändert.*

6.5 Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) für den Zeitraum 2015 bis 2019

Vorlage: VI/2014/12875

*Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.*

6.12 Sanierungsgebiet „Historischer Altstadt kern“ Förderfestlegung für die Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahme des Objekts Brüderstraße 5

Vorlage: VI/2015/01264

*Hierzu wurde der Beschlussvorschlag geändert.*

8.3 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Optimierung von Zahlungsvorgängen und der damit verbundenen Verbesserung des Bürgerservices

Vorlage: VI/2015/01295

*Hierzu liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor.*

8.12 Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE Fraktion, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Grundschule Heide

Vorlage: VI/2015/01302

*Hierzu wurden die Antragsteller geändert.*

8.14 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Festlegung einer Spielplatzfläche am Rathenauplatz im Flächennutzungsplan

Vorlage: VI/2015/01303

*Hierzu liegt ein Änderungsantrag des Oberbürgermeisters vor.*



**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, informierte darüber, dass seine Fraktion den Antrag

- 8.11 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vergabe eines Namens für den Campusplatz des Geisteswissenschaftlichen Zentrums  
Vorlage: VI/2015/01098

zurückzieht, da nach der Behandlung im Ausschuss die Stellungnahme der Universität bekanntgegeben wurde.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, führte aus, dass man sich im Hauptausschuss darüber verständigt hatte, die Sondersitzung ausfallen zu lassen und die sich auf der Tagesordnung befindlichen Anträge

- 8.7 Antrag der Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bildung eines zeitweiligen Ausschusses  
Vorlage: VI/2015/01279

- 8.8 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Einrichtung eines Gremiums zur Flüchtlingssituation  
Vorlage: VI/2015/01278

in die nächste Hauptausschusssitzung zu verschieben. Aus diesem Grund sei eine Diskussion in der heutigen Stadtratssitzung nicht erforderlich. Die Anträge sind in die Novembersitzung des Stadtrates zu vertagen.

**Herr Lange** stellte keinen Widerspruch gegen die Vertagung fest. Die Anträge werden im nächsten Hauptausschuss und in der nächsten Stadtratssitzung wieder auf die Tagesordnung genommen.

**Frau Dr. Bergner, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, fragte nach, weshalb für den Antrag zur Namensfindung des Campusplatzes und den Antrag zur Änderung Emil-Abderhalden-Straße keine Dringlichkeit zur Aufnahme auf die Tagesordnung beantragt wurde.

**Herr Paulsen, Grundsatzreferent**, teilte mit, dass es unschädlich sei, den Antrag in der nächsten Sitzung zu beraten. Es bestehe keine notwendige Dringlichkeit.

Durch **Frau Dr. Brock** wurde darauf verwiesen, dass es die Vorankündigung der Zurückziehung des Antrages zur Namensfindung des Campusplatzes gab und deshalb der Antrag ihrer Fraktion zur Änderung Emil-Abderhalden-Straße nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Der Antrag werde regulär in die Novembersitzung des Stadtrates eingestellt.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der

- Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
  3. Genehmigung der Niederschrift vom 30.09.2015
  4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
  - 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse  
Vorlage: VI/2015/01314
  5. Bericht des Oberbürgermeisters
  6. Beschlussvorlagen
  - 6.1 Wahl der/des Beigeordneten für Bildung und Soziales  
Vorlage: VI/2015/01282
  - 6.2 Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse  
Vorlage: VI/2015/00839
  - 6.2.1 Änderungsantrag der CDU/FDP Fraktion zur BV Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse - VI/2015/00839  
Vorlage: VI/2015/01012
  - 6.2.2 Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur BV Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse - VI/2015/00839  
Vorlage: VI/2015/01238
  - 6.2.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Beschlussvorlage "Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse" (VI/2015/01238)  
Vorlage: VI/2015/01240
  - 6.2.3 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse (VI/2015/00839)  
Vorlage: VI/2015/01079
  - 6.3 Personalbericht 2015 der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/01123
  - 6.4 Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2015  
Vorlage: VI/2015/01153
  - 6.5 Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) für den Zeitraum 2015 bis 2019  
Vorlage: V/2014/12875
  - 6.5.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) für den Zeitraum 2015 bis 2019" V/2014/12875  
Vorlage: VI/2015/01323

- 6.6 1. Änderung der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale) - Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss  
Vorlage: VI/2015/00544
- 6.7 Bebauungsplan Nr. 167 "Sportpark Karlsruher Allee" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung -  
Vorlage: VI/2015/01060
- 6.8 Fluthilfemaßnahme Nr. 93, Saalepromenade Giebichenstein  
Vorlage: VI/2015/01078
- 6.9 Energie- und klimapolitisches Leitbild der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/01174
- 6.10 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 29 „Sonderbaufläche Sportpark Karlsruher Allee“ - Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes  
Vorlage: VI/2015/01075
- 6.11 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 24 „Erweiterung der Justizvollzugsanstalt Halle, Dessauer Straße“ - Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes  
Vorlage: VI/2015/01076
- 6.12 Sanierungsgebiet „Historischer Altstadt kern“ Förderfestlegung für die Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahme des Objekte Brüderstraße 5  
Vorlage: VI/2015/01264
- 6.13 Förderung der SPi Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH zum Betreiben eines "Mehrgenerationenhaus Pustebume" in Halle-Neustadt vom 01.01.2016 bis 31.12.2020  
Vorlage: VI/2015/01050
- 6.14 Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) - Teilplan für die Leistungen der präventiven Jugendhilfe (§§ 11-13,14,16 SGB VIII)  
Vorlage: VI/2015/00655  
*-erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters-*
- 6.14.1 Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur BV Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) - Teilplan für die Leistungen der präventiven Jugendhilfe (§§ 11-13, 14, 16 SGB VIII)  
Vorlagen-Nr.: VI/2015/00655  
Vorlage: VI/2015/01228  
*-erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters-*
- 6.15 Zustimmung zur Annahme von Spenden und ähnlichen Zuwendungen  
Vorlage: VI/2015/01344
- 6.16 Beantragung von Städtebaufördermitteln für das Programmjahr 2016 - Nachtrag  
Vorlage: VI/2015/01332
7. Wiedervorlage

- 7.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE/ DIE PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung eines "Welcome Centers"  
Vorlage: VI/2015/00971  
*-erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters-*
- 7.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE/ Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) und der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur personellen Erweiterung der Trägerversammlung des Jobcenters  
Vorlage: VI/2015/00950
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Sekundarschule Halle-Süd  
Vorlage: VI/2015/01291
- 8.2 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Veröffentlichung von beabsichtigten mobilen Geschwindigkeitsmessungen im Stadtgebiet  
Vorlage: VI/2015/01294
- 8.3 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Optimierung von Zahlungsvorgängen und der damit verbundenen Verbesserung des Bürgerservices  
Vorlage: VI/2015/01295
- 8.3.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Optimierung von Zahlungsvorgängen und der damit verbundenen Verbesserung des Bürgerservices  
Vorlage: VI/2015/01367
- 8.4 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels  
Vorlage: VI/2015/01296
- 8.5 Antrag des Stadtrates Ulrich Peinhardt (CDU/FDP-Fraktion) zur Unterstützung freier digitaler Netzwerke in Halle  
Vorlage: VI/2015/01305
- 8.6 Antrag der Stadträte Hendrik Lange, Melanie Ranft, Kay Senius und Denis Häder zur Verabschiedung einer Resolution  
Vorlage: VI/2015/01219
- 8.7 *Antrag der Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bildung eines zeitweiligen Ausschusses*  
Vorlage: VI/2015/01279 *vertagt*
- 8.8 *Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Einrichtung eines Gremiums zur Flüchtlingssituation*  
Vorlage: VI/2015/01278 *vertagt*
- 8.9 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum kommunalen Arbeitsmarktmanagement  
Vorlage: VI/2015/01285
- 8.10 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) sowie der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/01299
- 8.11 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vergabe eines Namens für den Campusplatz des Geisteswissenschaftlichen Zentrums*

- 8.12 Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE Fraktion, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Grundschule Heide  
Vorlage: VI/2015/01302
- 8.13 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Aufhebung des Gestaltungsbeschlusses zum Ausbau des Böllberger Weg Nord, 2.BA (Vorlage: V/2012/11289)  
Vorlage: VI/2015/01301
- 8.14 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Festlegung einer Spielplatzfläche am Rathenauplatz im Flächennutzungsplan  
Vorlage: VI/2015/01303
- 8.14.1 Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Festlegung einer Spielplatzfläche am Rathenauplatz im Flächennutzungsplan  
Vorlage: VI/2015/01335
- 8.15 Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zum Haushalt 2016 -  
VI/2015/01200  
Vorlage: VI/2015/01348
- 8.16 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Nutzungskonzepts für das Künstlerhaus 188  
Vorlage: VI/2014/00445
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zum Spielflächenangebot in Büschdorf  
Vorlage: VI/2015/01298
- 9.2 Anfrage des Stadtrates Ulrich Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu den LQE-Verhandlungen  
Vorlage: VI/2015/01096
- 9.3 Anfrage des Stadtrates Ulrich Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Auslastung der halleschen Kindertagesstätten  
Vorlage: VI/2015/01094
- 9.4 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Umsetzung des Beschlusses zur Durchsetzung der Barrierefreiheit (V/2010/09227)  
Vorlage: VI/2015/01276
- 9.5 Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (DIE LINKE/Die PARTEI) zu Fahrtkosten für Projekttag im Rahmen des Schulunterrichtes  
Vorlage: VI/2015/01310
- 9.6 Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (DIE LINKE/Die PARTEI) zur Unfallgefahr wegen unbeleuchteter Treppen in der Leitergasse in Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/01311
- 9.7 Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (DIE LINKE/Die PARTEI) zur Mitgliedschaft der

- Stadt Halle (Saale) im Dual- Career- Netzwerk  
Vorlage: VI/2015/01312
- 9.8 Anfrage der Stadträtin Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI) zur Treppe vor dem Ratshof  
Vorlage: VI/2015/01280
- 9.9 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Ausschreibung eines Trägers für den Hort der Grundschule Glaucha  
Vorlage: VI/2015/01300
- 9.10 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu den Auswirkungen von Verkehrs- und Sicherheitskonzepten bei Sportveranstaltungen im Erdgas Sportpark  
Vorlage: VI/2015/01304
- 9.11 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Sportareal am Gesundbrunnen  
Vorlage: VI/2015/01306
- 9.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Ergebnissen der Verwaltungsstrukturreform  
Vorlage: VI/2015/01286
- 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abfallwirtschaft in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/01287
- 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verkehrsberuhigung am August-Bebel-Platz  
Vorlage: VI/2015/01289
- 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Energiebericht der Stadt Halle  
Vorlage: VI/2015/01290
- 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Reinigung städtischer Gebäude  
Vorlage: VI/2015/01292
- 9.17 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu den Erkenntnissen des Immissionsschutzberichtes 2014 für die Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/01307
- 9.18 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Bundesstützpunkt Schwimmen  
Vorlage: VI/2015/01308
10. Mitteilungen
- 10.1 Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen des Stadtrates und seiner beschließenden Ausschüsse  
Vorlage: VI/2015/01197
- 10.2 Prüfbericht gemäß Beschluss des Stadtrates vom 25.03.2015 zu anwaltlichen Beratungsverträgen  
Vorlage: VI/2015/01085
- 10.3 Bewohnerparken in der Altstadt samt Quartier Spitze

Vorlage: VI/2015/00829

- 10.4 Weiterentwicklung Halle-Pass/Einführung Sozialticket  
Vorlage: VI/2015/01154
- 11. mündliche Anfragen von Stadträten
- 11.1 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beteiligung städtischer Mitarbeiter an Asylverfahren  
Vorlage: VI/2015/01336
- 11.2 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Führungskräftebefragung in der Stadtverwaltung  
Vorlage: VI/2015/01350
- 11.3 Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zum Zustand des Marktplatzes  
Vorlage: VI/2015/01358
- 11.4 Anfrage Herr Scholtyssek zum Hochwasserschutz
- 11.5 Anfrage des Stadtrates Ulrich Peinhardt zur ehemaligen Schwemme-Brauerei  
Vorlage: VI/2015/01363
- 12. Anregungen
- 13. Anträge auf Akteneinsicht

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 30.09.2015**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 30.09.2015.

**Abstimmungsergebnis:                      mehrheitlich zugestimmt**

### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

#### **zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse Vorlage: VI/2015/01314**

---

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, teilte mit, dass die in nicht öffentlicher Sitzung des Stadtrates vom 30.09.2015 gefassten Beschlüsse im Foyer des Stadthauses ausgehängen wurden und damit bekannt gegeben sind. Ebenso seien diese im Amtsblatt veröffentlicht.

Auf die Nachfrage von **Herrn Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, zu den in der Sondersitzung des Stadtrates am 23.09.2015 nicht öffentlich gefassten Beschlüssen, teilte **Herr Lange** mit, dass diese schon in der Stadtratssitzung am 30.09.2015 bekannt gegeben worden sind.

## zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

---

*(Die Präsentation zum Bericht des Oberbürgermeisters ist im Session hinterlegt.)*

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** berichtete über die Flüchtlingssituation in der Stadt Halle.

Durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge werden derzeit 276.000 Altfälle bearbeitet. In der Landesaufnahmeeinrichtung im Maritim Halle hat bisher noch kein Flüchtling einen Asylantrag gestellt. Seit gestern sind 18 Personen der Bundeswehr vor Ort, um die Registrierung der Flüchtlinge durchzuführen.

In der weiteren Planung ist vorgesehen, dass ab April 2016 die Anhörung in Halberstadt stattfindet.

Die zentrale Anlaufstelle des Landes in Halberstadt ist mit 2.500 Flüchtlingen derzeit voll belegt. Die zweite zentrale Anlaufstelle soll in Trotha eingerichtet und zum 01.09.2016 die ersten 1.000 Plätze bereitgestellt werden. Weitere 1.000 zum Jahresende 2016.

Ab 01.11.2015 sollen 160 Plätze in der ehemaligen Jugendherberge der Stadt Halle bereitgestellt werden.

In der Landesaufnahmestelle im Maritim sind zum heutigen Tag 639 Flüchtlinge untergebracht und in der Außenstelle Dölauer Straße (ehem. Sportinternat) derzeit 77.

Nach wie vor bekommt die Stadt keine Anrechnung für die Aufnahme von Seiten des Landes. Dies sei erst zum 01.01.2016 vorgesehen. Eine abschließende Abstimmung mit dem Land in Koordination des Städte- und Gemeindebundes fand noch nicht statt.

Ein Erlass zur Zuständigkeit der Stadt Halle (Saale) ist vorgesehen und soll sich auf die Erstuntersuchung, soziale Leistungen, Taschengeld, Abschiebemaßnahmen und das Einwohnermeldewesen beziehen.

Mit dem Zuweisungsschlüssel von 11,5 % wird die Stadt Halle bis zum Ende des Jahres 4.600 Flüchtlinge zugewiesen bekommen. Der aktuelle Stand gemeldeter Asylbewerber beträgt heute 1.499. Die Zahl der Asylbewerber, die aufgrund der Verzögerung des Bundesamtes noch keinen Antrag gestellt haben, liegt bei insgesamt ca. 1.400 Flüchtlingen.

Im November 2015 sind von Seiten des Landes als Soll-Zuweisungen an die Stadt mittlerweile 690 Flüchtlinge geplant.

Die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen liegt in der Stadt derzeit bei 32 Personen.

Ab Februar 2016 unterhält die Stadt 10 Gemeinschaftsunterkünfte mit insgesamt 1.800 Plätzen. Zwei weitere Gemeinschaftsunterkünfte sind in der Ausschreibung.

Die Stadt favorisiert die dezentrale Unterbringung. Grundsätzlich soll nach zweimonatigem Aufenthalt in der Gemeinschaftsunterkunft die dezentrale Unterbringung in eigene



Wohnungen erfolgen. In dieser Woche erfolgte bereits die Bereitstellung von 34 Wohnungen von städtischen und privaten Anbietern für 65 Personen.

Momentan werden die Rahmenvereinbarungen mit der HWG und der GWG dahingehend geprüft, ob diese auf weitere private Anbieter übertragen werden können.

Insgesamt koordinieren zurzeit 10 Mitarbeiter den Umzug in die Wohnungen. Im Hinblick auf eine mögliche Nachbetreuung, soll die Zahl auf 15 Personen erhöht werden.

Die Kostenerstattung wird momentan mit einer Fallkostenpauschale von 8.600 Euro von Seiten des Landes beglichen. Zusätzlich reicht die Stadt einzelne Rechnungen beim Land ein, die von der Koordinierungsstelle des Landes im Innenministerium problemlos erstattet werden.

Im Rahmen der dezentralen Unterbringung ist zusätzlich, Kraft Gesetzes, ein monatlicher Beitrag von 10,22 Euro für die Unterbringung außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften vorgesehen.

Stellen- und sachkostengenau wird durch die Stadt eine abrechnungsgenaue Dokumentation geführt. Das Land sicherte hier eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen zu. Es wird angestrebt, den Betrag von 8.600 Euro auf ca. 10.600 Euro zu erhöhen.

Die Rahmenvereinbarung mit dem Elisabeth-Krankenhaus bezieht sich ausschließlich auf die Erstversorgung und Erstbetreuung im Maritim.

Das Organigramm des Dienstleistungszentrums Migration und Integration sowie eine Auflistung des sofort benötigten notwendigen Personals im Jahr 2015 sind der Präsentation beigefügt. Die einzelnen Ausschreibungen laufen bereits und werden unverzüglich umgesetzt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte über eine Einladung für den 11.11.2015 zu einem Gedankenaustausch für alle Beteiligten, die insgesamt im Bereich Flüchtlingshilfe tätig sind.

In diesem Zusammenhang lud er zur Veranstaltung am 11.11.2015, von 17 bis 19 Uhr, in den Großen Saal des Stadthauses ein.

Bezüglich des Kunstmuseums Moritzburg Halle informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über seine Gespräche mit dem Kultusminister, in welchen er ein Angebot zur Unterstützung in Höhe von 150.000 Euro für die Jahre 2015 bis 2019 unterbreitet habe. Die Arbeitsebene des Ministers lehnte das Angebot ab und forderte weitere Mittel sowie die Anerkennung von Altschulden, welcher er nicht zustimmen kann.

Da das Verfahren zum Widerspruch des Oberbürgermeisters ruhend gestellt ist, werde er nunmehr in den nächsten Tagen das Landesverwaltungsamt bitten, über seinen Widerspruch zu entscheiden. Dabei müsse auch über die Rechtmäßigkeit des Altvertrages mit der Moritzburg und dem zuständigen Ministerium entschieden werden.

Zum Künstlerhaus 188 liegt die Urteilsbegründung zur Ablehnung des Abrisses vor. Eine weitere Klage der HAVAG sei nicht zu empfehlen. Herr Beigeordneter Stäglin wurde bereits gebeten, neue Trassenvarianten und Finanzierungsmöglichkeiten vorzubereiten und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

Beim Stadtmarketing wurde die Einrichtung eines Beirates in der Gesellschafterversammlung am 25.09.2015 beschlossen. Besonderes Augenmerk liegt hier in der Touristengewinnung. Überlegungen für ein neues Kongresshotel liegen bereits vor.

Das Geistes- und Sozialwissenschaftliche Zentrum wurde eingeweiht. Die Eröffnungsveranstaltung fand am 14.10.2015 statt. Die Baukosten lagen insgesamt bei 52 Mio. Euro.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte deutlich, dass er die Kritik am Land wegen der Mittelkürzung für die Bildung nachvollziehen kann. Jedoch könne er die Schmierereien auf dem Vorplatz nicht gutheißen. Deren Beseitigung durch das Land werde erhebliche Kosten verursachen.

Zu den Scheiben in Halle-Neustadt teilte er mit, dass die Scheibe A über einen sogenannten Nachtragsliquidator aktiviert wurde. Das Verfahren wurde eingeleitet. Die Möglichkeit, das Gebäude als Sozialrathaus zu nutzen, sei gegeben.

Im November 2015 soll der Grundsatzbeschluss dazu im Stadtrat diskutiert werden.

Bei der Scheibe B gibt es einen neuen Eigentümer, welcher bereits innerhalb der Verwaltung die ersten Planungen vorgestellt hat.

Zur Scheibe C habe der ebenfalls neue Eigentümer eine Bauvoranfrage eingereicht und Konkretisierungsabsichten mit der Verwaltung besprochen.

Die Scheibe E wurde von den Eigentümern zum Verkauf angeboten und mit einer Entwicklungsabsicht gekennzeichnet.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde darauf hingewiesen, dass von der Verwaltung ein klares Bekenntnis zu den Scheiben abgegeben wurde.

Zum Objekt Freiimfelder Straße 42, ehemaliger Schlachthof, merkte er an, dass das Konkursverfahren eröffnet, aber mangels Masse im Jahr 2002 eingestellt wurde. Der Eigentümer wurde wegen Vermögenslosigkeit im Handelsregister im Jahr 2008 gelöscht. Der Antrag auf Einleitung des Zwangsversteigerungsverfahrens durch die Stadt wurde im August 2015 gestellt.

Hier wurde ebenfalls der Antrag auf Bestellung eines Nachtragsliquidators zur Durchführung des Zwangsversteigerungsverfahrens im September 2015 gestellt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** gab den Hinweis, dass bereits potentielle Investoren oder Erwerber auf das Zwangsversteigerungsverfahren warten.

Zum Bergzoo informierte er, dass der Aufsichtsrat am 29.10.2015 über das Zoo-Konzept, die Art der Betreibung der Gastronomie und über einen möglichen Betreiber beraten wird. Der Zuschussbedarf der Stadt in Höhe von 3,05 Mio. Euro für den Zoo bleibt bestehen.

Das Wirtschaftsförderungskonzept liegt dem Stadtrat bereits zur Beratung vor. **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies auf einen Fehler der Verwaltung, durch welchen das Konzept falsch eingestellt wurde. In der Beratungsfolge werde jetzt unverzüglich mit der Diskussion in den Ausschüssen begonnen.

Er machte auf die dargestellten Entwicklungs- und Schwerpunktbranchen aufmerksam, welche in den Ausschüssen zu diskutieren sein und weiterentwickelt werden können.

Zu Ebay Enterprice führte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** aus, dass von ursprünglich geplanten 170 Mitarbeitern nunmehr 350 Mitarbeiter tätig sind. Die offizielle Eröffnungsfeier ist am 17.11.2015 geplant.

Bezugnehmend auf das Unternehmen Hellmann Worldwide Logistics informierte er, dass der Bauantrag am 02.10.2015 eingereicht wurde. Die Teilbaugenehmigung ist bis zum 06.11.2015 geplant.

Des Weiteren wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** die Ansiedlung eines Logistikdienstleistungsunternehmens mitgeteilt. Der Vertrag wurde bereits unterschrieben, unterliegt aber noch dem strikten Stillschweigen. Es wurde eine Option für zwei Monate eingeräumt, um die Vertragsinhalte umzusetzen.

Insgesamt ist die Nachfrage von Unternehmen zu Neuansiedlungen im Star Park nach der Expo Real in München sehr stark gestiegen, mit weiteren Neuansiedlungen könne geplant werden. Dazu laufen derzeit eine Vielzahl von Verhandlungen.

Anhand des Grundstücksplanes zum Star Park zeigte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** die verkauften Flächen sowie die noch freien und in Verhandlung befindlichen Flächen auf.

Zur Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland informierte er noch einmal über die Tätigkeiten der einzelnen Arbeitsgruppen, welche bereits erstmalig getagt haben. Weitere Termine befinden sich in Planung.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** berichtete weiter, dass mit Zustimmung des Oberbürgermeisters der Stadt Leipzig der Mitteldeutsche Marathon von Leipzig nach Halle führen wird. Als Termin ist der 09.10.2016 avisiert. Dafür sollen die Metropolregion sowie weitere Sponsoren einbezogen werden.

Er wies außerdem auf die Arbeitsgruppe Demographie und Ausbildung mit dem Projekt „Joblinge“ hin, für welches die Stadt Halle Unterstützung anbietet. Dabei gehe es darum, Beschäftigte in Betrieben über die Praxis zu qualifizieren, damit sie einen festen Arbeitsplatz in den entsprechenden Unternehmen erhalten.

Zum aktuellen Stand des Erbbaurechtsvertrages der alten Eissporthalle führte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** aus, dass die IB-Bank am 28.08.2015 einen Fördermittelbescheid für den Abriss ausgestellt hat. Momentan wird durch das Landesverwaltungsamt noch geprüft. Der Abriss soll umgesetzt werden und die Realisierung im März 2016 erfolgen.

Im Weiteren informierte er darüber, dass das Landgericht die außerordentliche Kündigung des Vereins für rechtmäßig erklärt hat. Die Verwaltung erwarte am 03.11.2015 die Verhandlung und möglicherweise auch die Entscheidung des OLG Naumburg.

Zur STARK III-Richtlinie, Förderperiode 2014 – 2019 teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass diese Förderrichtlinie seit vielen Jahren angekündigt und von der EU genehmigt sei. Es liegen jedoch noch kein Erlass und keine Förderrichtlinie zur Umsetzung vor und die Kommunen können sich diesbezüglich nicht ausrichten. In der Vorausschau sei aus Sicht der Verwaltung im Rahmen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit daher keine Planung möglich.

Im Haushalt der Stadt ist vorgesehen, die beiden Schulen, das Neue städtische Gymnasium und die Glaucha-Schule, mit Eigenmitteln aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren, ebenso wie die Kita Heide-Süd.

## zu 6      **Beschlussvorlagen**

---

### zu 6.1      **Wahl der/des Beigeordneten für Bildung und Soziales** **Vorlage: VI/2015/01282**

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte darüber, dass er zur Wahl des Beigeordneten für Bildung und Soziales eine Stellungnahme abgeben möchte, um sein Nichtbenehmen gegen eine Person zu erläutern.  
Er bat deshalb um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

*Auf Antrag des Oberbürgermeisters wurde zum nicht öffentlichen Teil des TOP 6.1 ein Wortprotokoll erstellt, welches der Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung beigefügt wurde.*

---

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, wies darauf hin, dass im ersten Wahldurchgang die Mehrheit der anwesenden Mitglieder erreicht werden muss. Bei 54 anwesenden Stadträten sind das 28 Stimmen.

Auf die Bitte von Herrn Lange verlas **Herr Stehle, Protokollführer**, die Namen der Stadträte zum Empfang der Stimmzettel.

Nach erfolgter Auszählung verkündete **Herr Lange** das Ergebnis.

Es wurden 54 Stimmen bei 54 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten abgegeben. 2 Stimmen davon waren ungültig. Von den 52 gültig abgegebenen Stimmen fielen 19 Stimmen auf Herrn Godenrath, 15 Stimmen auf Frau Brederlow, 15 Stimmen auf Herrn Pethke und 3 Stimmen auf Herrn Gatzlaff.

Da im ersten Wahlgang kein Bewerber die erforderliche Mehrheit erhielt, wurde die Wahl noch einmal vorgenommen.

**Herr Lange** wies darauf hin, dass im zweiten Wahlvorgang die einfache Mehrheit der anwesenden Mitglieder für einen Bewerber ausreicht, damit dieser gewählt ist.

Für den zweiten Wahlvorgang verlas **Herr Stehle** erneut die Namen der Stadträte zum Empfang der Stimmzettel.

Nach erfolgter Auszählung gab **Herr Lange** das Wahlergebnis bekannt.

Bei 55 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten wurden 55 Stimmzettel abgegeben. Es entfielen 31 Stimmen auf Frau Brederlow, 18 Stimmen auf Herrn Godenrath und 6 Stimmen auf Herrn Pethke.

**Herr Lange** beglückwünschte Frau Katharina Brederlow als neue Beigeordnete für Bildung und Soziales.

**Abstimmungsergebnis:** Beschluss per geheime Wahl  
im 2. Wahlgang mit 31 Ja-Stimmen  
Frau Brederlow

**Beschluss:**

Der Stadtrat wählt aus den Wahlvorschlägen eine/n Beigeordnete/n für Bildung und Soziales.

**zu 6.2 Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse**  
Vorlage: VI/2015/00839

---

**zu 6.2.1 Änderungsantrag der CDU/FDP Fraktion zur BV Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse - VI/2015/00839**  
Vorlage: VI/2015/01012

---

**zu 6.2.2 Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur BV Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse - VI/2015/00839**  
Vorlage: VI/2015/01238

---

**zu 6.2.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Beschlussvorlage "Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse" (VI/2015/01238)**  
Vorlage: VI/2015/01240

---

**zu 6.2.3 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse (VI/2015/00839)**  
Vorlage: VI/2015/01079

---

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte darüber, dass es zu dem Thema schon im Hauptausschuss eine Vorberatung gab und viele Änderungsanträge einstimmig abgestimmt und von der Verwaltung übernommen worden sind.

Da nicht alle Änderungsanträge von der Verwaltung übernommen wurden, sei eine weitere Abstimmung über die noch vorliegenden Änderungsanträge notwendig.

Laut Aussage von **Herrn Schreyer, Fachbereichsleiter Recht**, ist die heute zur Beschlussfassung vorliegende Geschäftsordnung das Ergebnis intensiver, umfangreicher Beratungen, sowohl in der Arbeitsgruppe Geschäftsordnung, als auch mehrfacher Lesungen in verschiedenen Hauptausschusssitzungen.

In der vorliegenden Version hat die Verwaltung schon die Vorschläge übernommen, die in der Hauptausschusssitzung ein einstimmiges Votum erfahren haben.

Über abgelehnte oder nur mit einem mehrheitlichen Beschluss zugestimmte Änderungen soll heute noch einmal abgestimmt werden. Die Verwaltung habe dazu eine Synopse Änderungsanträge erarbeitet und vorgelegt.

Des Weiteren informierte er über die bereits durch die Verwaltung übernommenen Änderungsanträge.

Dem Vorschlag von **Herrn Schreyer**, im weiteren Verfahren paragrafenweise vorzugehen und eine Abstimmung der jeweiligen Unterpunkte aus den Änderungsanträgen vorzunehmen, wurde zugestimmt.

Herr Lange fasste die Beschlüsse wie folgend zusammen:

**zu 6.2.3 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse (VI/2015/00839 )  
Vorlage: VI/2015/01079**

---

**Abstimmungsergebnis:** Einzelpunkt abstimmung

**Satz 1**

**Abstimmungsergebnis:** erledigt  
durch Verwaltung übernommen

**Satz 2**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Die Geschäftsordnung der Stadt Halle (Saale) für den Stadtrat und seine Ausschüsse wird wie folgt geändert:

**§ 1 Abs. 1 - Satz 1 Einberufung, Einladung, Teilnahme**

- (1) Die Festlegung der Tagesordnung und die Einberufung der Sitzung erfolgen im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister durch den Vorsitzenden des Stadtrates durch den Vorsitzenden des Stadtrates im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister. Die Entwürfe der Einladung und Tagesordnung sind dem Vorsitzenden spätestens 5 3 Tage vor dem Versendungstermin zuzuleiten. Ort und Zeitpunkt des Zusammentritts sind anzugeben. [...]

Alle nachstehenden Punkte sind erledigt, weil übernommen oder im Hauptausschuss abgelehnt.

~~**§ 7 Abs. 2 Satz 2 Beschlussvorlagen, Anträge und Anfragen**~~

- ~~(2) Anträge müssen 21 Tage vor der Sitzung beim Team Ratsangelegenheiten eingegangen sein, ausgenommen sind Anträge auf Akteneinsicht nach § 17. Anträge können vom Antragsteller entweder für eine Vorberatung in den Ausschüssen oder direkt für eine Beschlussfassung im nach der Hauptsatzung zuständigen Gremium eingereicht werden. **Beschlussvorlagen und Anträge werden grundsätzlich zuerst in den Stadtrat eingebracht. Mit Versendung der Stadtratsunterlagen können die eingebrachten Beschlussvorlagen und Anträge zur Vorberatung auf die Tagesordnungen der Ausschüsse gesetzt**~~

~~werden. Weitere Verweisungen in die Ausschüsse können in der Stadtratssitzung erfolgen. Die Bestimmungen über Dringlichkeitsvorlagen nach § 2 (2) der GO bleiben von dieser Regelung ausgenommen. Bei Anträgen soll eine schriftliche Stellungnahme am Freitag, 13:00 Uhr, vor dem Sitzungstermin den Fraktionen und fraktionslosen Stadträten übergeben werden.~~

#### ~~§ 16 Abs. 5 – Sitzungsniederschrift und Beschlusskontrolle~~

- ~~(5) Der Vorsitzende des Stadtrates, der Oberbürgermeister und der Protokollführer unterzeichnen die Niederschrift. Die Niederschrift ist dem Vorsitzenden innerhalb von 14 Tagen nach der Stadtratssitzung im Entwurf vorzulegen.~~

#### ~~§ 22 – Verfahren in den Ausschüssen~~

- ~~(1) Die Festlegung der Tagesordnung und die Einberufung der Sitzungen der Ausschüsse erfolgen durch den Ausschussvorsitzenden im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister bzw. dem von ihm benannten Vertreter. Die Entwürfe der Einladung und Tagesordnung sind dem Vorsitzenden spätestens 5 Tage vor dem Versendungstermin zuzuleiten.~~
- ~~(4) Die Niederschrift ist von dem Ausschussvorsitzenden, dem Oberbürgermeister oder dem von ihm benannten Vertreter und dem Protokollführer zu unterzeichnen und allen Ausschussmitgliedern zuzuleiten. Die Niederschrift ist dem Vorsitzenden innerhalb von 14 Tagen nach der Ausschusssitzung im Entwurf vorzulegen.~~
- ~~(6) Die Stadträte sind berechtigt, an allen Sitzungen der Ausschüsse des Stadtrates, denen sie nicht als Mitglieder angehören, als Zuhörer teilzunehmen. Ihnen kann das Wort erteilt werden. [...]~~

zu **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum**  
6.2.2.1 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE/ Die**  
**PARTEI zur Beschlussvorlage "Neufassung der Geschäftsordnung**  
**für den Stadtrat und seine Ausschüsse" (VI/2015/01238)**  
**Vorlage: VI/2015/01240**

---

**Abstimmungsergebnis:** erledigt  
durch Übernahme

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Änderungsantrag erhält folgende Fassung:

„Im § 6 Abs. 3 wird ein neuer Unterpunkt f) (neu) mit dem Titel „Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters (auf **Anfrage Antrag Verlangen**)“ eingefügt. Die Nummerierung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte wird entsprechend angepasst.

Im § 6 wird ein Absatz 4 (neu) folgenden Wortlautes eingefügt:

„Auf **Anfrage Antrag Verlangen** einer Fraktion findet eine Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters statt. Pro Fraktion ist **sind** jeweils **ein zwei Redebeitrag Redebeiträge** mit einer maximalen Dauer von **5 3** Minuten zulässig. Gegenstand der Aussprache sind ausschließlich Sachverhalte, die sich auf Inhalte aus dem Bericht des Oberbürgermeisters beziehen.“

§ 6 Abs. 4 (alt) wird in § 6 Abs. 5 umbenannt.“

**zu 6.2.2 Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE/ Die PARTEI zur BV Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse - VI/2015/00839  
Vorlage: VI/2015/01238**

---

**Abstimmungsergebnis:** erledigt  
durch Verwaltung übernommen

**Beschlussvorschlag:**

Im § 6 Abs. 3 wird ein neuer Unterpunkt f) (neu) mit dem Titel „Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters (auf ~~Anfrage Antrag~~ **Verlangen**)“ eingefügt. Die Nummerierung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte wird entsprechend angepasst.

Im § 6 wird ein Absatz 4 (neu) folgenden Wortlautes eingefügt:

„Auf ~~Anfrage Antrag~~ **Verlangen** einer Fraktion findet eine Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters statt. Pro Fraktion ~~ist sind~~ jeweils ein ~~zwei Redebeitrag~~ **Redebeiträge** mit einer maximalen Dauer von ~~5 3~~ Minuten zulässig. Gegenstand der Aussprache sind ausschließlich Sachverhalte, die sich auf Inhalte aus dem Bericht des Oberbürgermeisters beziehen.“

§ 6 Abs. 4 (alt) wird in § 6 Abs. 5 umbenannt.

**zu 6.2.1 Änderungsantrag der CDU/FDP Fraktion zur BV Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse - VI/2015/00839  
Vorlage: VI/2015/01012**

---

**Abstimmungsergebnis:** Einzelpunkt abstimmung

**Beschluss:**

Die Beschlussvorlage wird wie folgt geändert:

**§ 2  
Änderungen der  
Tagesordnung**

(3) Die Absetzung von Angelegenheiten von der Tagesordnung oder die Änderung der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte kann mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stadträte entschieden werden. ~~Die Absetzung von der Tagesordnung bedarf der Zustimmung des Einbringers.~~

---

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt



---

**§ 6**  
**Sitzungsleitung und -verlauf**

- (1) Der Vorsitzende des Stadtrates leitet die Verhandlungen des Stadtrates im Rahmen dieser Geschäftsordnung. Er ruft die Verhandlungsgegenstände auf und stellt sie zur Beratung und Beschlussfassung. ~~Will er zu einem Verhandlungsgegenstand als Mitglied des Stadtrates selbst sprechen, so muss er den Vorsitz für die Dauer der Beratung und Beschlussfassung dieses Gegenstandes an seinen Stellvertreter abgeben. Der Vorsitzende des Stadtrates kann im Falle seiner Erschöpfung die Leitung an seinen Stellvertreter übertragen.~~ **Der Vorsitzende des Stadtrates kann zeitweise die Leitung an seinen Stellvertreter abgeben.**

**Abstimmungsergebnis:      mehrheitlich zugestimmt**

---

- (3) Die Sitzungen des Stadtrates sind grundsätzlich in folgender Reihenfolge durch-zuführen:

öffentlicher Sitzungsteil

**a) Aktuelle Stunde**

- b) Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung      und der Beschlussfähigkeit,
- c) Feststellung der Tagesordnung,
- d) Genehmigung der Niederschrift,
- ....

**Abstimmungsergebnis:      zurückgezogen**

---

**§ 7**  
**Anträge und Anfragen**

- (2) Anträge müssen 21 Tage vor der Sitzung beim Team Ratsangelegenheiten eingegangen sein – ausgenommen sind Anträge auf Akteneinsicht nach § 17. Anträge können vom Antragsteller entweder für eine Vorberatung in den Ausschüssen oder direkt für eine Beschlussfassung im nach der Hauptsatzung zuständigen Gremium eingereicht werden. Bei Anträgen soll **muss** eine schriftliche Stellungnahme am Freitag, 13:00 Uhr, vor dem Sitzungstermin den Fraktionen und fraktionslosen Stadträten übergeben werden.

**Abstimmungsergebnis:      mehrheitlich zugestimmt**

- (3) Schriftliche Anfragen sollen 21 Tage vor der Sitzung beim Team Ratsangelegenheiten eingegangen sein, damit eine schriftliche Antwort bis zur Sitzung ermöglicht wird. Ist eine schriftliche Beantwortung bis zum Freitag, 13:00 Uhr, vor dem Sitzungstermin nicht möglich, so ist dies dem Fragesteller mit der Begründung in der Sitzung mitzuteilen und die Beantwortung unverzüglich nachzuholen. **Die Begründung der Verspätung ist in**

**der schriftlichen Antwort der Verwaltung anzuführen.** Während der Stadtratssitzung ~~ist dem Einbringer eine Nachfrage~~ **sind dem Einbringer Nachfragen** gestattet. Eine Diskussion zu den Anfragen und deren Antworten soll nicht stattfinden.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

- (4) Während der Sitzung können mündliche Anfragen gestellt werden. Sie sind zu Protokoll zu nehmen. Mündliche Anfragen, die zwei Tage vor der Sitzung des Stadtrates beim Team Ratsangelegenheiten schriftlich angekündigt worden sind, sollen in der Sitzung durch die Verwaltung beantwortet werden. ~~Später~~ Gestellte Anfragen werden spätestens innerhalb eines Monats schriftlich beantwortet, sofern die Verwaltung sie nicht sofort beantwortet.

**Abstimmungsergebnis:** erledigt  
durch Verwaltung übernommen

---

## § 8 Aktuelle Stunde

- (1) Auf Antrag des Oberbürgermeisters oder einer Fraktion wird eine aktuelle Stunde durchgeführt. Die aktuelle Stunde soll im Regelfall zu ~~Beginn der Sitzung~~ **vor dem Bericht des Oberbürgermeisters** abgehalten werden, über Ausnahmen entscheidet der Stadtrat mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder.

**Abstimmungsergebnis:** erledigt  
durch Verwaltung übernommen

- (2) ~~Die aktuelle Stunde dient dem vorläufigen Austausch von Meinungen und der gegenseitigen Unterrichtung zwischen den Mitgliedern des Stadtrates und der Verwaltung zu einem aktuellen kommunalpolitischen Thema oder Ereignis.~~ **Die aktuelle Stunde dient dem vorläufigen Austausch von Meinungen und der gegenseitigen Unterrichtung zwischen den Mitgliedern des Stadtrates und der Verwaltung. Gegenstand kann nur ein aktuelles kommunalpolitisches Thema oder Ereignis sein, welches nicht zur Beschlussfassung dem Stadtrat vorliegt.** Beschlüsse können nicht gefasst werden.

**Abstimmungsergebnis:** erledigt  
durch Verwaltung übernommen

- (3) Die aktuelle Stunde ist ~~mindestens am Freitag~~ **bis zum Freitag, 13:00 Uhr** in der Woche vor der Stadtratssitzung zu beantragen. Der Antrag muss ein konkretes kommunalpolitisches Thema oder Ereignis von aktuellem Interesse und eine Begründung enthalten.

**Abstimmungsergebnis:** erledigt

durch Verwaltung übernommen

- (4) An einem Sitzungstag findet nur eine aktuelle Stunde zu einem Thema statt. Sind vor einer Ratssitzung mehrere Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde eingegangen, ist das zuerst fristgerecht angemeldete Thema zu behandeln. Über Ausnahmen entscheidet der Stadtrat mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder. **entscheidet der Stadtrat mit der Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder des Stadtrates über die Anträge.**

**Abstimmungsergebnis:**                    **mehrheitlich abgelehnt**

---

### **§ 9 Beratung der Sitzungsgegenstände**

- (4) Ein Mitglied des Stadtrates darf in der Sitzung nur dann sprechen, wenn ihm der Vorsitzende des Stadtrates das Wort erteilt. Das Wort zu derselben Angelegenheit kann nur zweimal erteilt werden. Sollte der Oberbürgermeister oder ein von ihm Beauftragter das Wort ergriffen haben und neue Aussagen zur Sache gemacht oder einen Stadtrat persönlich angesprochen haben, so steht bei ersterem allen, bei letzterem dem Betroffenen unabhängig von Satz 2 das Recht auf einmalige weitere Worterteilung zu. ~~Vor Schließung der Beratung durch den Vorsitzenden hat der Einbringer des Verhandlungsgegenstandes das Recht zur Schlussäußerung.~~

**Abstimmungsergebnis:**                    **mehrheitlich zugestimmt**

- (5) Die Anrede ist an den Stadtrat, nicht an die Zuhörer **das Publikum** zu richten. Die Redner haben sich an den zur Beratung stehenden Antrag zu halten. Die Redezeit beträgt für den Oberbürgermeister, Fraktionsvorsitzende bzw. einen von ihm benannten Vertreter und Ausschussvorsitzende bzw. einen vom Ausschuss benannten Vertreter 5 Minuten, für die übrigen Mitglieder des Stadtrates 3 Minuten. Auf Beschluss des Stadtrates kann die Redezeit verlängert oder begrenzt werden.

**Abstimmungsergebnis:**                    **mehrheitlich zugestimmt**

---

### **§ 10 Geschäftsordnungsanträge**

- (1) Folgende Geschäftsordnungsanträge können jederzeit gestellt werden:

***k) Übertragung zur Entscheidung an den Oberbürgermeister oder den zuständigen beschließenden Ausschuss.***

**Abstimmungsergebnis:**                    **erledigt**  
durch Verwaltung übernommen

- (4) Meldet sich ein Stadtrat zur Geschäftsordnung durch Heben beider Hände, so muss ihm das Wort außerhalb der Reihe erteilt werden. Es darf dadurch kein Redner unterbrochen werden. Zu Geschäftsordnungsanträgen kann nur jeweils ein Redner jeder Fraktion für oder gegen den Antrag das Wort ergreifen. Bemerkungen zur Geschäftsordnung dürfen nicht länger als 1 Minute dauern. Sie dürfen sich mit der Sache selbst nicht befassen. Eine Aussprache zur Sache findet bis zur Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag nicht mehr statt. ~~Ein Antrag auf Schluss der Aussprache bzw. auf Abschluss der Rednerliste kann nur von einem Stadtratsmitglied gestellt werden, dass noch nicht zur Sache gesprochen hat.~~

**Abstimmungsergebnis:**                      **mehrheitlich abgelehnt**

---

**§ 16**  
**Sitzungsniederschrift und Beschlusskontrolle**

- (6) Die Niederschrift ist allen Fraktionen und fraktionslosen Stadträten ~~spätestens am Freitag vor dem nächsten regulären Sitzungstermin zuzuleiten~~ **mit der Einladung zur nächsten Sitzung zuzuleiten**. Die Niederschrift ist nach Bestätigung durch den Rat oder den jeweiligen Ausschuss im Bürgerinformationssystem der Stadt Halle (Saale) zu veröffentlichen.

**Abstimmungsergebnis:**                      **zurückgezogen**

---

**§ 18**  
**Aufhebung der Beschlüsse des Stadtrates**

- (1) Wird ein Antrag auf Aufhebung eines Beschlusses des Stadtrates abgelehnt, so kann ohne Vorliegen neuer Tatsachen ein entsprechender Antrag nicht vor Ablauf von 6 Monaten erneut behandelt werden. ~~Wird eine Beschlussvorlage/ein Antrag des Stadtrates abgelehnt, so kann ohne Vorliegen neuer Tatsachen ein entsprechender Antrag nicht vor Ablauf von 6 Monaten erneut behandelt werden.~~

**Abstimmungsergebnis:**                      **mehrheitlich abgelehnt**

**zu 6.2      Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse**  
**Vorlage: VI/2015/00839**

---

**Abstimmungsergebnis:**                      **einstimmig zugestimmt**  
54 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

### **Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die anliegende Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse.

#### **zu 6.3 Personalbericht 2015 der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2015/01123**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                    **mehrheitlich zugestimmt**

### **Beschluss:**

1. Der Stadtrat bestätigt die Verlagerung der stichtagsbezogenen Auswertungen vom 30.06. des Berichtsjahres auf den 31.12. des Vorjahres.
2. Ab dem Jahr 2016 wird der Personalbericht dem Stadtrat vor der Sommerpause vorgelegt.

#### **zu 6.4 Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2015 Vorlage: VI/2015/01153**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                    **einstimmig zugestimmt**

### **Beschluss:**

I. Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2015 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

3.42401.03 Hochwasser Maßnahme Nr. 65 b Rückbau Eissporthalle (entsprechend der Hochwasserrichtlinien des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt werden außerordentliche Vorgänge nicht im Haushaltsplan dargestellt)  
Sachkontengruppe 52\* Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 1.845.000 EUR.

II. Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2015 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

Finanzstelle 15\_3\_520 FB Sport (HHPL Seite 825)  
Finanzpositionsgruppe 72\* Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 1.845.000 EUR.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

3.42401.03 Hochwasser Maßnahme Nr. 65 b Rückbau Eissporthalle  
Sachkontengruppe 41\* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 1.845.000 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

15\_3\_520 FB Sport (HHPL Seite 825 )  
Finanzpositionsgruppe 61\* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 1.845.000 EUR.

---

**zu 6.5      Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) für den Zeitraum 2015 bis 2019**  
**Vorlage: V/2014/12875**

---

**zu 6.5.1    Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) für den Zeitraum 2015 bis 2019" V/2014/12875**  
**Vorlage: VI/2015/01323**

---

**Herr Aldag, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, begründete den Änderungsantrag seiner Fraktion damit, dass man sich umfangreich gemeinsam mit dem ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club) und dem Radbeauftragten die Situation am Joliot-Curie-Platz und am Steintor angesehen und Begehungen durchgeführt habe. Trotz des Umbaus gäbe es noch erhebliche Risiken für den Radverkehr.

Da die baulichen Planungen insgesamt schwierig sind, habe man sich darauf geeinigt, Alternativrouten vorzuschlagen, die mit fahrradfreundlichen Oberflächen versehen werden sollen.

Wichtig sei auch, bei der Umsetzung der Radverkehrsplanung drei weitere Routen mit aufzunehmen, wie die Kleine Steinstraße, den Unterberg und die Emil-Abderhalden-Straße, um dort die Priorität zu setzen.

Des Weiteren informierte **Herr Aldag** darüber, dass der Änderungsantrag seiner Fraktion im Planungsausschuss und im Finanzausschuss Zustimmung fand. Die Maßnahmen sollen mit einer hohen Priorität umgesetzt werden, wenn die finanziellen Mittel dafür vorliegen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

---

**zu 6.5.1    Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) für den Zeitraum 2015 bis 2019" V/2014/12875**  
**Vorlage: VI/2015/01323**

---

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

In den Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption bis 2019 werden in die Kategorie „weitere geplante Investitionsmaßnahmen“ folgende Maßnahmen zusätzlich aufgenommen:

1. Herstellung einer fahrradfreundlichen Fahrbahnoberfläche auf der Straße zwischen Weidenplan und Unterberg
2. Herstellung einer fahrradfreundlichen Fahrbahnoberfläche auf der Kleinen Steinstraße
3. Herstellung einer fahrradfreundlichen Fahrbahnoberfläche auf der Emil-Abderhalden-Straße zwischen Adam-Kuckhoff-Straße und Ludwig-Wucherer-Straße

**zu 6.5 Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) für den Zeitraum 2015 bis 2019  
Vorlage: V/2014/12875**

---

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt dem Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) für den Zeitraum 2015 bis 2019 zu.

In den Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption bis 2019 werden in die Kategorie „weitere geplante Investitionsmaßnahmen“ folgende Maßnahmen zusätzlich aufgenommen:

1. Herstellung einer fahrradfreundlichen Fahrbahnoberfläche auf der Straße zwischen Weidenplan und Unterberg
2. Herstellung einer fahrradfreundlichen Fahrbahnoberfläche auf der Kleinen Steinstraße
3. Herstellung einer fahrradfreundlichen Fahrbahnoberfläche auf der Emil-Abderhalden-Straße zwischen Adam-Kuckhoff-Straße und Ludwig-Wucherer-Straße

**zu 6.6 1. Änderung der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale) - Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss  
Vorlage: VI/2015/00544**

---

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wies darauf hin, dass man in der Umsetzung des Beschlusses die Gefahr sieht, dass es kein wirklich zwingendes Instrument zur Durchsetzung gäbe. Es liege allein an der Baubehörde, die Bauherren auf die Regelung und deren Umsetzung hinzuweisen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

### **Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt den Entwurf der 1. Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Herstellung notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge, Abstellplätze für Fahrräder und über die Erhebung von Ablösebeträgen (Stellplatzsatzung).
2. Der Entwurf der 1. Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Herstellung notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge, Abstellplätze für Fahrräder und über die Erhebung von Ablösebeträgen (Stellplatzsatzung) sowie die Begründung zum Entwurf sind nach § 85 Absatz 3 Satz 2 der Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt (BauO LSA) in Verbindung mit § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuches (BauGB) öffentlich auszulegen.

**zu 6.7      Bebauungsplan Nr. 167 "Sportpark Karlsruher Allee" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung -  
Vorlage: VI/2015/01060**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                      einstimmig zugestimmt

### **Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die Änderung des Geltungsbereiches des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 167 „Sportpark Karlsruher Allee“ (Aufstellungsbeschluss vom 24.09.2014, Beschluss-Nr. V/2014/12935). Der Geltungsbereich wird vergrößert und umfasst künftig eine Fläche von 8,75 ha. Die Planungsziele gemäß dem Aufstellungsbeschluss vom 24.09.2014, Beschluss-Nr. V/2014/12935 bleiben unverändert bestehen.
2. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 167 „Sportpark Karlsruher Allee“ in der Fassung vom 24.07.2015 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung.
3. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 167 „Sportpark Karlsruher Allee“ in der Fassung vom 24.07.2015 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

**zu 6.8      Fluthilfemaßnahme Nr. 93, Saalepromenade Giebichenstein  
Vorlage: VI/2015/01078**

---

**Frau Dr. Schöps, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, erklärte, dass sie zwar die Sanierung der Saalepromenade aus dem Fluthilfefond begrüßt, jedoch nicht die Fällung von mehr als 30 Bäumen zur denkmalgerechten Pflege eines Gartens nachvollziehen kann. Auch hätte sie sich in der Vorlage genauere Ausführungen dazu gewünscht. Aus diesen Gründen werde sie der Vorlage nicht zustimmen.



**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, teilte mit, dass es vor der Baumfällung eine Überprüfung gab und die anfänglich vom Planer vorgesehene Anzahl nach unten korrigiert wurde.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                    **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Realisierung der Fluthilfemaßnahme Nr. 93, Saalepromenade Giebichenstein entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).

**zu 6.9      Energie- und klimapolitisches Leitbild der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: VI/2015/01174**

---

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat**, verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

**Abstimmungsergebnis:**                    **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat  
in den

**Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt das energie- und klimapolitische Leitbild der Stadt Halle (Saale).

**zu 6.10      Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 29**  
**„Sonderbaufläche Sportpark Karlsruher Allee“ - Beschluss zur öffentlichen**  
**Auslegung des Entwurfes**  
**Vorlage: VI/2015/01075**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                    **einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplans lfd. Nr. 29 „Sonderbaufläche Sportpark Karlsruher Allee“ einschließlich der Begründung mit dem Umweltbericht in der Fassung vom 27.07.2015.
2. Der Entwurf des Änderungsplanes des Flächennutzungsplans lfd. Nr. 29 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht sind öffentlich auszulegen.

**zu 6.11 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 24  
„Erweiterung der Justizvollzugsanstalt Halle, Dessauer Straße“ - Beschluss  
zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes  
Vorlage: VI/2015/01076**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplans lfd. Nr. 24 „Erweiterung der Justizvollzugsanstalt Halle, Dessauer Straße“ einschließlich der Begründung mit dem Umweltbericht in der Fassung vom 27.07.2015.
2. Der Entwurf des Änderungsplanes des Flächennutzungsplans lfd. Nr. 24 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht sind öffentlich auszulegen.

**zu 6.12 Sanierungsgebiet „Historischer Altstadt kern“ Förderfestlegung für die  
Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahme des Objektes  
Brüderstraße 5  
Vorlage: VI/2015/01264**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt, die Durchführung der Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahme des denkmalgeschützten Gebäudes Objektes Brüderstraße mit einem nicht rückzahlbaren Zuschuss zu fördern.
2. Die Höhe des Zuschusses entspricht dem, auf der Grundlage der durch den BLSA festzustellenden förderfähigen Aufwand ermittelten Kostenerstattungsbetrag bis zu 1.236.614 €.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Eigentümer auf dieser Grundlage eine entsprechende Fördervereinbarung abzuschließen.
4. Die Beschlüsse V/2014/12425 und VI/2014/00095 werden aufgehoben.

**zu 6.13 Förderung der SPi Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH zum Betreiben eines "Mehrgenerationenhauses Pusteblume" in Halle-Neustadt vom 01.01.2016 bis 31.12.2020  
Vorlage: VI/2015/01050**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt, die SPi Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH für das von dieser betriebene Nachbarschaftszentrum „Pusteblume/Mehrgenerationenhaus“ für den Zeitraum vom 01.01.2016 bis zum 31.12.2020 und unter der Bedingung, dass die o. g. Gesellschaft jährlich bis zum 31.06. einen Kosten- und Finanzierungsplan bei der Verwaltung vorlegt, mit einem Zuschuss von jährlich maximal 55.000 EUR zu fördern.“
2. Der Stadtrat beschließt, die SPi Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH, als Mieter des Objektes „Zur Saaleaue 51 a“ in Halle (Saale), vom 01.01.2016 bis zum 31.12.2020 von der Zahlung des Kaltmietzinses zu befreien.

**zu 6.14 Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) - Teilplan für die Leistungen der präventiven Jugendhilfe (§§ 11 - 13, 14, 16 SGB VIII)  
Vorlage: VI/2015/00655  
*-erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters-***

---

**zu 6.14.1 Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur BV Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) - Teilplan für die Leistungen der präventiven Jugendhilfe (§§ 11 - 13, 14, 16 SGB VIII) Vorlagen Nr.: VI/2015/00655  
Vorlage: VI/2015/01228  
*-erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters-***

---

*Auf Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM wurde zum TOP 6.14 ein Wortprotokoll erstellt.*

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**

Hier haben wir eine Vorlage zur Jugendhilfeplanung, Teilplan für die Leistungen der präventiven Jugendhilfe. Das muss jetzt erneut behandelt werden, weil der Oberbürgermeister widersprochen hat. Es gibt den bekannten Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses und Herr Dr. Wend hat das Wort.

### **Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Stadtratskolleginnen und Kollegen. Ich hatte schon in der letzten Stadtratssitzung kurz darauf hingewiesen, mit welchen Problemen wir uns in der Stadt hier konfrontiert sehen und welche wichtige Aufgabe die präventive Jugendarbeit hat.

Unerfreulicher Weise haben wir nun hier den Widerspruch auf den Tisch bekommen. Und ich persönlich glaube aber, dass hier so viele Missverständnisse vorliegen, dass der Oberbürgermeister vielleicht am Ende dieses Stadtrats diesen Widerspruch zurücknehmen wird.

Wenn wir uns das mal genauer angucken und ich komme gleich mal auf den ersten Absatz zu sprechen, wo der Oberbürgermeister kritisiert, dass nicht der von der Verwaltung vorgelegte Jugendhilfeplan, sondern dass der nicht gewählt wurde, sondern unser Änderungsantrag und dass als Kritikpunkt sieht, dann möchte ich Sie bitten, einfach mal in die Satzung des Jugendamtes der Stadt Halle zu schauen.

Da steht im Paragraf acht „der Jugendhilfeausschuss beschließt Empfehlungen zur Jugendhilfeplanung, der Jugendhilfeausschuss beschließt Empfehlungen für die Jugendhilfeplanung an den Stadtrat“ und etwas weiter unten heißt es „die Aufgaben, die dann etc. .... werden auf Vorschlag des Jugendhilfeausschusses vom Stadtrat beschlossen“.

Also. Es ist ja hier kein Fehler, dass wir nicht dem Vorschlag der Stadtverwaltung folgen, sondern es ist unsere ureigene Aufgabe diese Jugendhilfeplanung selbst zu erstellen. Und ich glaube, manchen vielleicht ruft man mal in Erinnerung, dass der Jugendhilfeausschuss eine besondere Zusammensetzung hat. Da ist die Stadtverwaltung vertreten, da sind die Stadträte vertreten und es sind die freien Träger vertreten. Und dieser Ausschuss soll sozusagen, der soll das, was wir leisten können, aushandeln. Und der soll das fachlich untersetzen und deswegen ist er so zusammengesetzt. Und das tut er dann auch.

Man macht es Ihnen natürlich schwierig, wenn bestimmte Vorleistungen der Stadtverwaltung nicht erfolgen. Es gab einen Beschluss des Jugendhilfeausschusses, dass die Jugendhilfeplanung im März vorgelegt werden sollte. Sie wurde im August vorgelegt.

Also nochmal. März war vorgesehen, im August wurde sie vorgelegt. Am 5. August erfolgte die Versendung und die freien Träger sind aufgefordert wurden, bis zum 20. August Stellung zu nehmen. Ob das konstruktiv ist, wenn man so etwas aushandeln will, dass weiß ich nicht und das halte ich nicht für gut.

Ich sage nochmal ganz kurz, worum es ging. Wir haben eine Veränderung vorgenommen. Wir haben fünf, es wurde so diskutiert, wenn das alle Schulsozialarbeiter sind, es gibt da mehrere Paken sozusagen. Beim Schulsozialarbeiter waren das insgesamt fünf, die wir für notwendig erachteten.

Es waren insgesamt 2,75 Stellen im Bereich Projekte in Kita's und da verließen sie ihn.

Dann haben wir noch für das Kinder- und Jugendhaus noch eine Stelle, für den Friedenskreis und so kam das dann alles zusammen, so dass wir bei knapp zehn Stellen liegen. Und dann eine Sondersache ist noch der Sonderfond Flüchtlingshilfe. Das ist noch eine andere Geschichte.

Verfolgen wir mal weiter, wie der Oberbürgermeister argumentiert. Sie sagen nun, dass die Grundlagen des Jugendhilfeausschusses sozusagen dass wir, das Sie sich, Sie berufen sich auf die Fachstandards und sagen, dass diese Fachstandards würden aussagen, dass, darauf beziehen Sie sich in Ihrer dünnen Vorgabe. Die Fachstandards, die sagen ja nur, wenn ich jetzt ein Jugendhaus habe, wieviel Quadratmeter das haben muss, wenn da so und

so viele Kinder rein gehen. Wieviel, wenn das wie viele Stunden auf ist, wie viele Leute dort haben. Das sagen die Fachstandards.

Die Fachstandards sagen ja überhaupt nichts dazu aus, ob ich jetzt in einem sozialen Bereich vielleicht drei oder fünf oder gar keine Jugendhäuser haben will. Das sagen sie nicht. Sie sagen nichts darüber aus über die Menge, sondern sie sagen nur, wie das sozusagen zu organisieren ist. Deswegen fällt auch dieser dritte Absatz in sich zusammen.

Wir nähern uns dem Vierten. Und hier wird beklagt, dass hier nicht nachgewiesener Mehraufwand beantragt wird. Und da geht es ja im Grunde in dem Kern der Jugendhilfe. Und im Kern dessen, was leisten wir in dieser Stadt und was leisten wir nicht. Wenn Sie sich mal anschauen, wenn Sie sich die Bertelsmann-Studie 2015 angucken, über die Situation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, dann können wir da stolzer weise, eine Bronzemedaille bekommen wir dort, für die Anzahl von Kindern in prekären und kritischen Lebenssituationen, signifikant markiert dadurch, wieviel Kinder und Jugendliche sich in Bedarfsgemeinschaften befinden. Da sind wir auf Platz drei.

Wenn wir dann aber einmal schauen, was wir hier präventiv tun, dann sind wir leider, ja wer ist da gerade, FC Augsburg in der Bundesliga, also ganz unten. Ja, wir sind tief unten. Alle wissen das.

Wir haben diese Konsensstudie und diese Folie hier mehrfach dran gehauen, das wissen doch alle. Es ist also, es fällt in sich zusammen. Es ist Unfug zu sagen, dass wir hier zu viel tun. Wir tun in dieser Stadt zu wenig.

Ich beeile mich. Ich beeile mich, ja.

#### **Herr Lange**

Die fünf Minuten sind rum, Herr Wend.

#### **Herr Dr. Wend**

Und, wir können hier Schritt für Schritt, ich möchte es hier nur nochmal sagen. Fassen wir das Ganze noch mal zusammen.

Wir haben hier nicht pauschal agiert, wie das vorhin gesagt wurde und auch nicht konzeptlos. Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung hat zweimal getagt, um in dieser relativ kurzen Frist die Jugendhilfeplanung zu bearbeiten. Anschließend hat der Jugendhilfeausschuss zweimal geplant, zweimal getagt und hat sich sehr wohl überlegt, was er dort macht.

Dann ist das hier in den Stadtrat gekommen und ich habe nichts von der Verwaltung gehört. Sie sind nicht bereit gewesen, das Ganze mit uns auszuhandeln.

Das Ganze ist in den Finanzausschuss gegangen, das Ganze ist in den Hauptausschuss gegangen. Keine Antwort, nichts, nirgends.

Und dann kommt der Widerspruch. Sie sind nicht bereit, mit uns die Debatte zu führen.

Wir müssen das aushandeln, was wir leisten wollen für die Kinder und Jugendlichen. Und dann ist der Druck im Kessel hoch, dann werden mal zwei Stellen Jugendhilfe, zwei Stellen der Schulsozialarbeit bereitgestellt und das war es dann.

Ich kann nur sagen, dieser Widerspruch ist inhaltslos. Kommen Sie zurück in die kommunale Gesellschaft und diskutieren Sie mit uns das aus. Danke für Ihr Verständnis.

#### **Herr Lange**

Danke. So, für die Verwaltung, sagt der Oberbürgermeister, wird Frau Brederlow jetzt antworten.

### **Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin Bildung**

Ja, meine Damen und Herren, Herr Wend. Ich habe zwar jetzt nicht alles mitgekriegt, bin erst dazu gekommen, als es um die Fachstandards ging. Die Fachstandards haben wir im Jugendhilfeausschuss beschlossen und die sagen, wie Sie richtiger Weise sagen, in erster Linie etwas zur Qualität aus. Aber dennoch sind die Fachstandards auch im Zusammenhang zu sehen mit dem tatsächlichen Bedarf. also mit den Kinder und Jugendlichen, die vor Ort in den einzelnen Sozialräumen ihre Angebote wahrnehmen.

Das heißt, wir müssten nicht so pauschal, wie das teilweise in dem Antrag des Jugendhilfeausschusses ist, pauschal sagen, wir erhöhen in vier Sozialräumen die Stellenanteile beziehungsweise die Anzahl der Einrichtungen. Das heißt in drei von den vier, um die an das Niveau anzupassen, was in dem Sozialraum Südstadt ist. Hier hätte eine detailliertere Abwägung erfolgen müssen.

Das ist im Übrigen auch schon in der Stellungnahme der Stadtverwaltung zu dem damaligen Antrag des Jugendhilfeausschusses ausgeführt gewesen.

Der zweite Punkt ist, zu dieser gesamten Thematik Prävention gehört ja nicht nur der Bereich über den wir hier reden, sondern ein viel größerer Bereich. Prävention findet zum Beispiel auch in den Kita's statt. Der Teil Kindereinrichtungen ist hier ja auch mit aufgenommen. Da steht auch bereits in der Stellungnahme der Stadtverwaltung zum Antrag des Jugendhilfeausschusses in etwa das gleiche wie im Widerspruch.

Ja, das war jetzt das, was ich mitbekommen hatte. Also, von der Abwägung her ist es nicht ausreichend zu sagen, wir erhöhen überall, ohne eine Begründung dafür zu haben, die sich aus den Daten ergibt.

### **Herr Lange**

Gut. Herr Dr. Wiegand.

### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Herr Wend, deshalb ist das Angebot, wie Sie es ja auch eben gemacht haben. Wir setzen uns nochmal hin, handeln das aus, gehen auf die Notwendigkeiten ein und ich denke, da sind wir, kriegen wir einen guten Kompromiss hin.

### **Herr Lange**

Herr Knöchel.

### **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat**

Also aushandeln müssten wir es ja jetzt. Weil es steht ja zur Abstimmung und ich habe keinen Antrag gehört, das nochmal in den entsprechenden Fachausschuss zu überweisen, damit dort die Stadtverwaltung ihre Kritik dann untersetzen kann und möglicher Weise nochmal über die Konzepte gesprochen werden kann. Also jetzt können wir ja nur entscheiden. Es sei denn, wir würden über die Rücküberweisung in den entsprechenden Ausschuss nochmal sprechen.

### **Herr Lange**

Herr Schachtschneider.

### **Herr Dr. Wend**

Ich ... kurze Verständigungsfrage. Wird denn der Widerspruch jetzt zurückgenommen?

### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Der würde dann zurückgenommen werden, wenn wir jetzt in der Verweisung sind und wir uns das gemeinsam nochmal ansehen und die Notwendigkeit begründen.

## **Herr Lange**

Herr Schachtschneider.

## **Herr Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**

Ja, Herr Oberbürgermeister, Herr Vorsitzender. Also es eröffnet jetzt wieder völlig neue Perspektiven. Ich wollte nicht auf die ganzen Aspekte, die Herr Dr. Wend schon aufgeführt hat als Ausschussvorsitzender, nochmal eingehen, aber ich würde vielleicht den kleinen Teil Schulsozialarbeit. Und ich meine, da schauen wir uns in die Augen und da schau ich auch besonders auf die Verwaltung, auch auf Frau Brederlow. Da waren wir uns alle ziemlich einig, dass Schulsozialarbeit wirklich Prävention vom Feinsten ist und dass sie wirklich erfolgreich ist.

Und ich habe nicht verstanden und Herr Oberbürgermeister, Sie haben sich, da haben Sie auch verschiedene Dinge miteinander vermischt. Diese Deutschlehrer für Asylanten, ob die dann nicht auch das machen, Schulsozialarbeit ist eine ganz andere Baustelle.

Dass die dann vielleicht bei Flüchtlingskindern auch noch mit Sozialarbeit machen, ist eine andere Geschichte. Aber wenn wir an der Hutten-Schule oder gerade in Heide-Nord an der Grundschule, die war nämlich nicht mit in diesem Angebot drin. Wenn wir dort keine Schulsozialarbeit haben, dort ist sie wirklich sehr, sehr dringend notwendig. Und ich denke, das haben die Elternvertreter auch begründet.

Also, ich weiß nicht, wie ein Kompromiss jetzt aussehen kann. Ich weiß auch nicht, die Zeitschiene ist nämlich die, dass uns das ganze wegläuft, wenn wir keine Jugendhilfeplanung haben. Also das heißt, ich würde wirklich drum bitten, dass wir jetzt eine Lösung finden, wo wir sagen können, wir handeln wirklich. Nicht, wir gehen in den Widerspruch, haben dann zum Schluss überhaupt nichts und handeln es vielleicht auf ein Maß, was auch finanziell zu stemmen ist. Aber da würde ich die Schulsozialarbeit ganz, ganz oben ansiedeln und auch über die anderen Sachen. Und nicht in zwei, nicht in zwei, wirklich an den vier Brennpunkten die wir hatten.

## **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Das sehe ich genauso. Das muss verteilt werden über die ganze Stadt. Das geht nicht nur um die eine Schule, sondern wir müssen insgesamt mit einer Konzeption da auch rangehen. Dass ist unsere Auffassung und von daher können wir die Notwendigkeit dann auch in den nächsten Tagen noch besprechen. Von daher, das ist das Angebot, was ich Ihnen jetzt machen kann.

## **Herr Lange**

Frau Dr. Brock.

## **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Also, mir schwirrt so ein bisschen das Wort Erpressung durch den Kopf. Weil, wir hatten so viele Sitzungen, wie Herr Wend erwähnt hatte, wo sich intensivst darüber ausgetauscht worden ist. Und der noch amtierende Dezernent auch die ganzen Argumente, die da fachlich schon gefallen sind, wahrgenommen hat. Und ich finde es ziemlich verheerend, dass diese ganze Geschichte jetzt noch mal verzögert werden soll.

Ich weiß auch gar nicht, ob das überhaupt geht, eine Rückverweisung in einen beschließenden Ausschuss. Es ist ja beim Jugendhilfeausschuss ja auch noch mal eine besondere Situation.

Und insofern möchte ich heftig da appellieren, dass wir da gerne für 2016 diesen Prozess längerfristiger führen. Aber die Träger brauchen die Sicherheit und vor allen Dingen die Kinder und Jugendlichen vor Ort brauchen die Sicherheit, dass es ab 01.01. dort weiter geht. Und Dinge also installiert werden, die einfach vor Ort fachlich notwendig sind.

Und es geht ja nicht nur um die Schulsozialarbeit, sondern es geht auch um Bereiche in den Kita's, um die Frühprävention und da ist auch fachlich bewiesen, dass wir das brauchen, um eben genau auch Jugendhilfefälle mittelfristig vielleicht sogar zu verhindern.

Insofern möchte ich nochmal heftig appellieren, diesen Widerspruch auch ohne Bedingungen zurückzunehmen und uns dann in Ruhe gerne im nächsten Jahr auseinanderzusetzen.

**Herr Lange**

Herr Wolter.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**

Ja, eigentlich müsste man mit den Erfahrungen, die wir mit Ihnen in der Zusammenarbeit haben, Herr Oberbürgermeister, in einer gewissen Form ein Wortprotokoll verlangen.

Weil diese Widersprüchlichkeit, unter der Ihre Widersprüche stehen, ist sozusagen vielleicht mit so ein klares Begründen sozusagen oder Widerlegen Ihrer Hintergründe, Ihrer Anlässe, den Widerspruch überhaupt einzulegen.

Herr Dr. Wend, Dankeschön für die klaren Worte. Ich glaube es ist umfänglich erklärt, dass es wenig Bestand hat.

Das, was Sie sozusagen uns jetzt unterstellen, dass wir die Sparsamkeit nicht achten oder ohne Konzept handeln, ist, sage ich mal, für mich weder in der Sache hier, noch in anderen Punkten überhaupt nachvollziehbar, Herr Dr. Wiegand.

Weil, dass sage ich Ihnen ganz klar, weil ich mich sozusagen sehr nahe an der Verwaltung empfinde. Ich bin Teil der Verwaltung hier als Stadtrat. Und jede Kritik, die Sie an uns üben, die fällt hundertprozentig auf Ihre Arbeit zurück.

Dann haben Sie eben keine Konzepte geliefert, dann haben Sie die Arbeit nicht gemacht in den Ausschüssen, dann konnten wir nicht konzeptvoll handeln.

Und ich muss sagen, die drei Elternvertreter haben Klartext gesprochen. Das waren Betroffene. Die haben das super gemacht und alle Ihre Äußerungen dazu sind für mich, also wirklich, dann Schall und Rauch. Also wo ich überhaupt nicht mehr nachvollziehen kann.

Sie haben die Chance, hier etwas zu korrigieren. Und jetzt beginnen Sie folgendes, Herr Dr. Wiegand. Sie gestehen eigentlich ein, dass Gründe für Ihren Widerspruch nicht mehr bestehen. Jetzt geben Sie uns das Angebot, lasst uns doch noch mal darüber reden.

Nein, wir haben intensiv geredet und wir haben einen Beschluss gefasst. Und wir haben den sogar einstimmig gefasst. Und ich sehe gar nicht, ich wüsste gar nicht, was daran zu ändern ist.

Also ich weiß nicht, ob es jetzt aus dem Stadtrat, es gibt auch von der Verwaltung her keinen konkreten Vorschlag zu sagen, o.k., den Punkt, ein Änderungsantrag. Es gibt auch von Ihnen außerhalb dieser Sitzung zu den Fachleuten hin kein Signal, wenn wir das noch mal ändern, würden wir das vielleicht gemeinsam ...

Seien Sie doch mal sozusagen so groß und haben Sie sozusagen mal diese Ehrlichkeit vor, uns zu sagen: „O.k., ich gestehe ein, hier ist ein Fehler. Nicht nur ein halber Fehler, sondern ein ganzer Fehler und ich ziehe meinen Widerspruch zurück“.

Und wir sehen das im Tun, im Handeln, diese Notwendigkeit umzusetzen. Das würde ich von Ihnen erwarten.



Weil, alles andere, ist wirklich nur, was schon geäußert wurde, hinschieben auf die Bank. Und ich sehe im Moment keinen Änderungsbedarf. Sondern nur ein zurückziehen des Widerspruchs.

Und ich würde bitten, ein Wortprotokoll auf jeden Fall zu Herrn Dr. Wends Ausführungen, die als Begründung der Zurückweisung des Widerspruchs des Oberbürgermeisters dienen könnten, wenn es denn weiterhin zu diesem Verfahren kommt.

#### **Herr Lange**

Also ein Wortprotokoll kann jederzeit beantragt werden. Es würde ..., das funktioniert leider so nicht. Ich würde um einen kurzen Satz bitten, dass Sie zu diesem Tagesordnungspunkt Wortprotokoll wünschen. Wir müssen es schriftlich machen.

... *Zwischenrufe* ...

Ja, deswegen hatte ich gesagt, ich wünsche einen geschriebenen Satz.

Gut. Dann Herr Krause, dann Herr Dr. Meerheim.

#### **Herr Krause, SPD-Fraktion**

Ganz kurz nur. Meine Vorredner haben ja im Grunde schon ziemlich genau begründet, worin die Krogs liegt. Wir sehen trotzdem, dass die Verwaltung versucht, eine Verständigung herbeizuführen und deswegen beantragen wir jetzt erst einmal eine Auszeit, damit wir vielleicht mal unter den Fraktionen uns noch mal ganz kurz wenigstens Mal absprechen können, ehe wir weitergehen im Verfahren.

Ehe wir jetzt sozusagen alle aufstehen und unterschiedlich noch einmal so Haltung erklären, dass die eigentlich im Grunde für Alle klar ist, wollen wir noch mal drei Minuten haben und dann kann es weitergehen.

#### **Herr Lange**

Dann klinge ich in drei Minuten wieder.

*Drei Minuten Auszeit*

So meine Damen und Herren. Dann kann es weiter gehen. Frau Ranft. Und Herr Dr. Wend wird das Ergebnis der kurzen Beratung sicherlich uns jetzt mitteilen.

#### **Herr Dr. Wend**

Ja, die Schwarmintelligenz der Fraktionen hat sozusagen ... Wir würden ..., das hat zwei Seiten jetzt dieser Medaille, die wir jetzt anbieten.

Und das eine ist, wir möchten den Widerspruch zurückweisen. Das geht darum, dass wir sagen, die Jugendhilfeplanung hat ja eine, die ist ja nicht nur für ein Jahr, sondern die geht ja über mehrere Jahre. Und wir würden aber gerne trotzdem die spezifischen Probleme in 2015 mit der Verwaltung im Jugendhilfeausschuss besprechen, um so eine Lösung zu finden. Das wäre unsere, natürlich müssen wir auch für 2015 etwas finden. Nein 2016, Entschuldigung. Ja, für 2016 klar. Ja, verstanden, oder? Aber wir stimmen jetzt natürlich ab.

#### **Herr Lange**

Ja, Herr Schachtschneider möchte noch mal sprechen. Bitte.

#### **Herr Schachtschneider**

Möchte einfach nur die Anmerkung loswerden, ich habe es vorhin vergessen. Also, der Markt für Sozialarbeit, der ist ja nicht unendlich. Und wenn zehn Wochen die Leute ohne Beschäftigung dastehen, also wir könnten auch da ein Problem kriegen.

Also bitte, es jetzt sehr zeitnah alles entscheiden, dass wir zum Schluss nicht sagen, ja wir wollen doch und auf einmal haben wir keine Kräfte mehr.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Das hatte ich ja eben schon ausgeführt, dass die Notwendigkeit auch von uns berücksichtigt wird und auch im Einzelfall geprüft wird.

**Herr Lange**

Gut. So. Ich habe Sie jetzt so verstanden, dass Sie eine erneute Abstimmung vornehmen möchten, damit der Widerspruch des Oberbürgermeisters formal abgelehnt wurde. Und das Sie jetzt zeitnah im Jugendhilfeausschuss das aufrufen werden und dann gucken wie Sie die Probleme gelöst bekommen, die mit dem Widerspruch des Oberbürgermeisters artikuliert wurden. Ja? So habe ich das jetzt verstanden.

Herr Oberbürgermeister hätte jetzt noch die Chance, seinen Widerspruch zurückzuziehen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Ich würde mich freuen, wenn wir das innerhalb der nächsten zwei Wochen dann hinbekommen.

**Herr Lange**

Gut, so. Dann wollen wir so verfahren.

Wer dem Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zustimmen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. Das ist eine klare Mehrheit.

Wer dem, wer stimmt dagegen? Stimmenenthaltungen?

Damit ist dem einstimmig zugestimmt.

Wer der geänderten Vorlage zustimmen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. Das ist eine klare Mehrheit.

Die Gegenstimmen. Die Stimmenenthaltungen.

Damit ist mit einer Stimmenthaltung dem zugestimmt.

*Ende des Wortprotokolls.*

**zu 6.14.1 Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur BV Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) - Teilplan für die Leistungen der präventiven Jugendhilfe (§§ 11 - 13, 14, 16 SGB VIII) Vorlagen Nr.: VI/2015/00655  
Vorlage: VI/2015/01228**

---

**Abstimmungsergebnis:                    einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

**Der Beschlusspunkt 1 wird geändert und erhält folgende Fassung:**

1. Der Stadtrat beschließt die Jugendhilfeplanung **für die Jahre 2016-19 in der vom Jugendhilfeausschuss am 16.09.2015 empfohlenen Fassung** gemäß § 80 Sozialgesetzbuch VIII als Teilplan: Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz und Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie.
2. Der Stadtrat beschließt die Sicherung der Finanzierung der in der Teilplanung aufgeführten Dienste und Einrichtungen gemäß § 79 (1) und (2) SGB VIII und § 31 Kinder- und Jugendhilfegesetz des Landes Sachsen-Anhalt ab dem Jahr 2016 jeweils in

der jährlichen Haushaltsplanung.

**zu 6.14 Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) - Teilplan für die Leistungen der präventiven Jugendhilfe (§§ 11 - 13, 14, 16 SGB VIII)**  
**Vorlage: VI/2015/00655**

---

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die Jugendhilfeplanung für die Jahre 2016-19 in der vom Jugendhilfeausschuss am 16.09.2015 empfohlenen Fassung gemäß § 80 Sozialgesetzbuch VIII als Teilplan: Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz und Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie.
2. Der Stadtrat beschließt die Sicherung der Finanzierung der in der Teilplanung aufgeführten Dienste und Einrichtungen gemäß § 79 (1) und (2) SGB VIII und § 31 Kinder- und Jugendhilfegesetz des Landes Sachsen-Anhalt ab dem Jahr 2016 jeweils in der jährlichen Haushaltsplanung.

**zu 6.15 Zustimmung zur Annahme von Spenden und ähnlichen Zuwendungen**  
**Vorlage: VI/2015/01344**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme von folgenden Spenden, Sponsoringverträgen und ähnlichen Zuwendungen

1. Sachspende des Fördervereins des Neuen städtischen Gymnasium im Wert von 1.500,00 Euro für einen Basketballkorb im Neuen städtischen Gymnasium  
Produkt: 1.21701
2. Spende des Brüderstraße 5 e. V. zur Finanzierung der Modernisierung und Instandsetzung des Objektes Brüderstr. 5 in den Jahren 2015 in Höhe von 107.250,00 Euro und 2016 in Höhe von 16.411,40 Euro  
Kostenstelle: 6100.5302

**zu 6.16 Beantragung von Städtebaufördermitteln für das Programmjahr 2016 - Nachtrag**  
**Vorlage: VI/2015/01332**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt, dass die nachstehenden Maßnahmen zusätzlich in die Antragstellung des Programmjahres 2016 - Städtebaufördermittel - beim Landesverwaltungsamt aufgenommen werden und beauftragt die Verwaltung die Anträge für das Programmjahr 2016 entsprechend einzureichen.

**zu 7 Wiedervorlage**

---

**zu 7.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung eines "Welcome Centers"**  
**Vorlage: VI/2015/00971**  
*-erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters-*

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, bis Dezember 2015 ein „Welcome Center“ der Stadtverwaltung für Asylsuchende, Flüchtlinge, EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern sowie für internationale Studierende einzurichten. Das „Welcome Center“ „unter einem Dach“ sollte folgende Verwaltungsleistungen, Beratungs- und Informationsstellen vereinen:

- a) Möglichkeiten der Ab- und Ummeldungen des Wohnsitzes, die Erteilung, Verlängerung und Übertragung von Aufenthaltstiteln
- b) Informationsstellen für Wohnungssuchende zu Angeboten der örtlichen Wohnungsunternehmen
- c) Informations- und Beratungsangebote zur Kinderbetreuung, zum Schulbesuch, zu Studienmöglichkeiten
- d) Beratungsangebote zum Lebensunterhalt (z.B. nach Asylbewerberleistungsgesetz)
- e) Informationen zur Anerkennung von im Ausland erworbenen schulischen, beruflichen, und akademischen Abschlüssen
  - Vermittlung von Deutschkursen bzw. Angeboten zur Sprachförderung
  - Informationen über berufliche Qualifizierungen und Integration in den Arbeitsmarkt

- f) Informationen und Beratungen zur gesundheitlichen Betreuung
- g) Informations- und Beratungsangebote für ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement und Freizeitgestaltungsmöglichkeiten ( z.B. Angebote in Sportvereinen u.a.m.; Angebote der Freiwilligenagentur)
- h) Ansiedlung von Sprachbegleitern

Alle entsprechenden Antragsformulare für mögliche zu beantragenden Leistungen sollen im „Welcome Center“ zur Handreichung vorhanden sein und mit einer ersten Beratung gekoppelt werden.

**zu 7.2      Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) und der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur personellen Erweiterung der Trägerversammlung des Jobcenters  
Vorlage: VI/2015/00950**

---

*(Dem Mitwirkungsverbot nach § 33 KVG LSA unterlagen Frau Katharina Hintz, SPD-Fraktion und Herr Kay Senius, SPD-Fraktion.)*

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:                      einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale) wird beauftragt, sich in der Trägerversammlung des Jobcenters dafür einzusetzen, dass die Trägerversammlung auf sechs Personen erweitert wird.
2. Der Stadtrat entsendet zwei Stadträte als weitere Mitglieder der Trägerversammlung.

**zu 8            Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Da **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, selbst zu Anträgen Stellung nehmen möchte, übergab er die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Harald Bartl.

**zu 8.1        Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Sekundarschule Halle-Süd  
Vorlage: VI/2015/01291**

---

Laut der Aussage von **Frau Dr. Bergner, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, basiert der Antrag auf den Zuständen in der Sekundarschule Halle-Süd, welche sehr mit Platzmangel zu kämpfen habe. Ihrer Meinung nach könnten die Räume der Hausmeisterwohnung

angeschlossen und für den Schulbetrieb genutzt werden.  
Sie appellierte daran, dem Antrag zuzustimmen.

Durch **Herrn Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, wurde darauf hingewiesen, dass man das Problem des Platzmangels dahingehend lösen könnte, einen Durchbruch für einen zweiten Flucht- und Rettungsweg zu veranlassen.

Zur weiteren Diskussion verwies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** den Antrag in den Bildungsausschuss und in den Finanzausschuss.

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters  
in den  
**Bildungsausschuss**  
und in den  
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung  
und Liegenschaften**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zeitnah eine Konzeption, einschließlich Brandschutz, zur Einbeziehung der Räume der ehemaligen Hausmeisterwohnung an der Sekundarschule Halle-Süd, zu erstellen.

**zu 8.2 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Veröffentlichung von beabsichtigten  
mobilen Geschwindigkeitsmessungen im Stadtgebiet  
Vorlage: VI/2015/01294**

---

**Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, begründete den Antrag damit, dass die Stadtverwaltung künftig die mobilen Geschwindigkeitsmessungen, die die Stadt selbst durchführt, vorher bekannt gibt. Ziel der Aktion soll dabei die Erhöhung der Verkehrssicherheit sein. Weiterhin sollten aber auch noch unangekündigte Messungen durchgeführt werden.

In anderen Städten hätte sich gezeigt, dass durch die Bekanntgabe der Standorte der Messungen die Kraftfahrer automatisch langsamer fahren würden.

**Herr Scholtyssek** führte weiter aus, dass er den Widerspruch des Oberbürgermeisters nicht nachvollziehen könne, da mit dem Antrag die Verwaltung aufgefordert werde, eine Veröffentlichung der Messstandorte zu veranlassen. Seiner Ansicht nach könne man nicht gegen eine Aufforderung in Widerspruch gehen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** erklärte, keinen Widerspruch eingelegt zu haben.

**Frau Bohm-Eisenbrandt, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte deutlich, dass ihr nicht einleuchtend sei, nach welchem System angekündigte und nicht angekündigte Messungen stattfinden sollen. Ihrer Meinung nach würde vielleicht in den angekündigten Bereichen die Bereitschaft größer sein, sich an die Geschwindigkeitsgrenzen zu halten. Für die anderen Bereiche sehe sie dahingehend keinen Effekt.

Durch ihre Fraktion werde der Kompromissvorschlag bevorzugt, dass die Verwaltung Punkte zusammenstellt, an denen es sinnvoll sei, öfter regelmäßig zu blitzen, weil es sich um Unfallschwerpunkte handelt.

Der vorliegende Antrag könne durch ihre Fraktion nur abgelehnt werden.

**Herr Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, machte darauf aufmerksam, dass die Messstellen an Unfallschwerpunkten eingerichtet werden müssen, was gleichzeitig auch verkehrserzieherisch wirksam wäre. Ebenfalls würde eine Vorwarnung die Aufmerksamkeit erhöhen.

**Herr Scholtyssek** verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion zur weiteren Diskussion in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion  
in den  
**Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, wöchentlich über beabsichtigte mobile Mess-Standorte für Geschwindigkeitskontrollen zu informieren.

Im Rahmen der Information soll auch auf Verkehrshemmnisse im Stadtgebiet hingewiesen werden.

Beispielhaft: Baustellen  
Umleitungen  
Einschränkungen durch Veranstaltungen  
Ereignisse wie z.B. Ende/Anfang der Schulzeit

**zu 8.3 Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Optimierung von Zahlungsvorgängen und der damit verbundenen Verbesserung des Bürgerservices**  
**Vorlage: VI/2015/01295**

---

**zu 8.3.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Optimierung von Zahlungsvorgängen und der damit verbundenen Verbesserung des Bürgerservices**  
**Vorlage: VI/2015/01367**

---

**Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, begründete den Antrag mit der effektiveren Gestaltung der Arbeit der Verwaltung.

Weiterhin teilte er mit, dass der Änderungsantrag der SPD-Fraktion von seiner Fraktion übernommen wird.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**zu 8.3.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Optimierung von Zahlungsvorgängen und der damit verbundenen Verbesserung des Bürgerservices**  
Vorlage: VI/2015/01367

---

**Abstimmungsergebnis:** erledigt  
durch Übernahme

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, folgende Möglichkeiten zur Optimierung von Zahlungsvorgängen in der Abteilung Bürgerservice des Fachbereiches Einwohnerwesen und im Fachbereich Soziales zu prüfen und noch im Jahr 2015 im Ausschuss für Finanzen, städtisches Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zu berichten:

- 1) Einsatz von Kassenautomaten
- 2) Bereitstellung von ganzheitlichen elektronischen Bezahlmöglichkeiten

**zu 8.3 Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Optimierung von Zahlungsvorgängen und der damit verbundenen Verbesserung des Bürgerservices**  
Vorlage: VI/2015/01295

---

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, folgende Möglichkeiten zur Optimierung von Zahlungsvorgängen in der Abteilung Bürgerservice des Fachbereiches Einwohnerwesen und im Fachbereich Soziales zu prüfen und noch im Jahr 2015 im Ausschuss für Finanzen, städtisches Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zu berichten:

- 1) Einsatz von Kassenautomaten
- 2) Bereitstellung von ganzheitlichen elektronischen Bezahlmöglichkeiten

**zu 8.4 Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels**  
Vorlage: VI/2015/01296

---

**Herr Bernstiel, CDU/FDP-Stadtratsfraktion,** teilte mit, dass der Mietspiegel zuletzt 2010 erstellt wurde und dieser die Funktion habe, Orientierung für die Bürger der Stadt, für Investoren und Vermieter zu geben. Auch mit Blick auf die noch kommenden und zu beschließenden Anträge zur Erstellung wohnungspolitischer Konzepte wäre ein solcher Mietspiegel von Vorteil.

Aus diesem Grund bat Herr Bernstiel um Abstimmung des Antrages.



Um die Einzelheiten, auch zur Finanzierung des Mietspiegels, zu besprechen, verwies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** den Antrag in den Ausschuss für Stadtentwicklung.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat**, verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Finanzausschuss.

Er begründete die Verweisung damit, dass im Haushalt keine Mittel für solche Zwecke eingeplant sind. Seiner Ansicht nach reichen 60.000 Euro für die Erstellung eines solchen Mietspiegels nicht aus und bei einem qualifizierten Mietspiegel käme man auf eine Summe von 200.000 bis 300.000 Euro.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, führte aus, dass es sinnvoll wäre, wenn die Verwaltung einen mit der Wohnungswirtschaft abgestimmten Vorschlag vorlegen würde.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, ergänzte, dass unabhängig von der Antragstellung ein Gesprächsfahrplan mit der organisierten Wohnungswirtschaft besprochen wurde. Ziel der Verwaltung sei die Einbringung der Gesprächsergebnisse in die Diskussion des Stadtentwicklungsausschusses.

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte deutlich, dass er die Verweisung des Antrages in den Stadtentwicklungsausschuss nicht nachvollziehen könne. Das Gremium sei nicht dazu geeignet, finanzielle Möglichkeiten mit der Wohnungswirtschaft auszuhandeln.

In diesem Zusammenhang bat er Herrn Oberbürgermeister um eine Begründung, weshalb er den Antrag in den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen habe.

Durch **Herrn Stäglin** wurde darauf verwiesen, dass aus Sicht der Verwaltung der Stadtentwicklungsausschuss, auch aufgrund der bereits dort liegenden Anträge zu wohnungswirtschaftlichen Themen, der richtige Ausschuss ist, wo die verschiedensten Instrumente zum Thema Wohnungspolitik beraten werden.

Auch habe der Rat das Interesse, solche grundsätzlichen, auf Stadtentwicklungsfragen zielenden Themen, im Stadtentwicklungsausschuss zu beraten.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, äußerte sich dahingehend, dass es bei einer Entscheidung zur Erarbeitung eines Mietspiegels heißt, aller zwei Jahre eine Aktualisierung zu veranlassen, mit den entsprechenden Kosten.

Die Erstellung eines neuen Mietspiegels würde auch zum Ergebnis führen, dass die ortsübliche Vergleichsmiete höher ist als bisher. Mit dem Mietspiegel läge dann ein Instrument zur Unterstützung der Wohnungswirtschaft vor, welches zu Lasten der Mieter geht, weil für die Wohnungswirtschaft die Möglichkeiten verbessert werden, eine erhöhte Miete durchzusetzen. Deshalb müsse darauf geachtet werden und eine Steuerung dahingehend erfolgen, mehr bezahlbaren Wohnraum für Sozialschwache zur Verfügung zu stellen.

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters  
in den

**Ausschuss für Stadtentwicklung**

und

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat

in den

**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung  
und Liegenschaften**

### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, einen qualifizierten Mietspiegel nach § 558 d BGB für die Stadt Halle (Saale) zu erstellen.

### **zu 8.5     Antrag des Stadtrates Ulrich Peinhardt (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zur Unterstützung freier digitaler Netzwerke in Halle Vorlage: VI/2015/01305**

---

**Herr Peinhardt** erklärte den Antrag für erledigt, bat aber um eine Berichterstattung zum Projektfortschritt durch die Verwaltung.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte Herrn Peinhardt das Angebot zur Mitarbeit im Projekt.

**Abstimmungsergebnis:**                      erledigt

### **Beschlussvorschlag:**

Dem Stadtrat Magdeburg liegt ein Antrag\* zur Bereitstellung von Standorten (z.B. an oder auf öffentlichen Gebäuden) zur fachgerechten Installation von WLAN-Routern (Hot Spots) durch die Internet-Aktivist\*innen von Freifunk Magdeburg vor.

Die Stadtverwaltung Halle wird beauftragt zu prüfen, ob ein ähnliches Vorgehen auch in Halle möglich ist und aufzuzeigen, wie die Bereitstellung erfolgen kann.

### **zu 8.6     Antrag der Stadträte Hendrik Lange, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, Melanie Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kay Senius, SPD-Fraktion und Denis Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Verabschiedung einer Resolution Vorlage: VI/2015/01219**

---

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat**, machte deutlich, dass es ein ungewöhnlicher Vorgang sei, dass sich der Stadtrat mit einer Resolution an das Land wenden soll.

Die Frage der Unterrichtsversorgung ist zwar Sache des Landes, allerdings nehme man in der Stadt zunehmend wahr, dass Unterricht ausfällt oder dass er nicht in dem Maße erteilt wird, wie es in der Schule notwendig wäre. Zum Teil würden in einzelnen Schuljahren in einzelnen Klassen keine Noten vergeben.

Die Antragsteller\*innen und Antragsteller halten es für unbedingt notwendig, an den Schulen die bestmögliche Unterrichtsversorgung vollumfänglich zu organisieren. Die Lehrbedarfe für Inklusion und Integration für Migrant\*innen und Migranten seien entsprechend zu decken und jede frei werdende Lehrerstelle müsse unverzüglich wieder besetzt werden, um die Unterrichtsversorgung weiter abzusichern. Ebenso müssen die Kapazitäten in der Lehrerausbildung so ausgeweitet werden, damit die Lehrer\*innen und Lehrer ausgebildet werden, die in der Zukunft gebraucht werden. In Absprache mit der Kommune muss eine

bedarfsgerechte Schulsozialarbeit erreicht werden.

**Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, ergänzte, dass Halle mit dem Projekt „Bildung integriert“ und mit dem SPD-Antrag zur Erstellung eines Bildungskonzeptes Bildungslandschaft werden möchte.

Die Stadt ist nicht zuständig für die Schulbildung, müsse aber trotzdem Verantwortung dafür übernehmen.

Sie bat auch die CDU/FDP-Stadtratsfraktion um Zustimmung, da es wichtig sei, ein Signal an das Land zu senden.

Durch **Herrn Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, wurde darauf hingewiesen, dass aus hallescher Sicht eine „Luxusdiskussion“ geführt wird. Andere Kreise und Landkreise seien diesbezüglich total unterversorgt. Im gesamten Land liege die Unterrichtsversorgung bei 101,4 %. Im Vergleich zu anderen Bundesländern, welche bei 100 % bzw. darunter liegen, habe die Stadt Halle eine gute Unterrichtsversorgung.

In Bezug auf fehlende Lehrer machte er darauf aufmerksam, dass 64 Lehrerbesetzungsstellen immer noch bei den Personalräten liegen würden, weil man sich zu Umsetzungen, Versetzungen oder Abordnungen nicht einigen könne.

**Herr Schachtschneider** stimmte zu, dass es Defizite in der Bildungslandschaft gäbe, stellte aber gleichzeitig die Frage, wieviel Unterrichtsversorgung es geben müsse, um keinen Ausfall zu haben. Berechnungen darüber liegen bei über 110 %, die jedoch nicht erreicht werden können.

Seiner Ansicht nach gehe es anderen Landkreisen viel schlechter als Halle, wo man noch im „wahren Luxus“ lebe.

**Herr Senius, SPD-Fraktion**, stimmte den Ausführungen von Herrn Schachtschneider nicht zu. Luxus würde es bedeuten, wenn es eine solche Unterrichtsversorgung gäbe, dass kein Unterricht ausfällt. Auch den Verweis auf die schlechter gestellten Kommunen könne er nicht akzeptieren.

Mit dem Antrag zum Bildungskonzept habe seine Fraktion klar gemacht, dass die Stadt die Folgen unzureichender Bildung trägt.

Es sei dringend erforderlich, sich einzumischen, wenn Defizite zutage treten. Immer häufiger werde „Beschäftigungstherapie“ an den Schulen gemacht, um Unterricht noch als Unterricht erscheinen zu lassen, aber nicht mehr für die Lehrstoffvermittlung genutzt.

Des Weiteren verwies **Herr Senius** darauf, dass das Land zwar Anstrengungen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung unternommen habe, es aber in der Praxis noch nicht erkennbar sei.

Es müsse eine Intention aller Stadträte sein, die Resolution aufrecht zu erhalten und an die Landesregierung zu geben, um damit deutlich zu machen, dass die Stadt Halle dem Ruf als Stadt der Bildung und Wissenschaft Wert ist.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, bezog sich auf die Ausführungen von Herrn Schachtschneider und erklärte, dass dieser sich im Landtag für alle Städte und Gemeinden einsetzen könne. Als Stadtrat der Stadt Halle müsse man aber die schlechte Unterrichtsversorgung, egal ob es anderen noch schlechter geht, bei der Landesregierung deutlich machen.

Er sehe deshalb keinen Grund, die Missstände in der Stadt Halle nicht anzumahnen und er erwarte dies auch von jedem gewählten Stadtrat der Stadt Halle.

**Herr Lange** wies darauf hin, dass die Ursache für die Probleme an den halleschen Schulen

und die Probleme in den Landkreisen an der schlechten Personalpolitik des Landes liegt. Es gäbe zu wenig ausgebildete Lehrer und über Jahre hinweg wurden bewusst Lehrerstellen abgebaut, was zu der jetzt entstandenen Situation führte.

Die Stadträte müssten jetzt Verantwortung für die Stadt Halle und ihre Bürger übernehmen und die Resolution verabschieden, um ein Zeichen zu setzen, auch in der Hoffnung, dass es andere Kommunen gleich tun.

**Herr Schachtschneider** ergänzte seine Ausführungen mit dem Hinweis, dass er durch Vergleich mit anderen Kommunen die Einsicht erlangte, dass Halle nicht wirklich ein großes Problem hat. Aus diesem Grund könne er die Resolution nicht unterschreiben.

**Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, erklärte, dass seine Fraktion das Anliegen der Resolution teilt, aber sich nicht für zuständig erklärt. Aus diesem Grund werde sich die CDU/FDP-Stadtratsfraktion nicht an der Abstimmung beteiligen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:                    einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Bildungsausschuss schlägt dem Stadtrat vor, folgende Resolution zu verabschieden:

**Resolution des Stadtrates zur Entwicklung der Unterrichtsversorgung in der Stadt Halle (Saale)**

Der Stadtrat nimmt mit großer Sorge die Beschwerden von Eltern und SchülerInnen über den Unterrichtsausfall an ihren Schulen zur Kenntnis. Fehlende FachlehrerInnen, zu wenige Lehrerstellen und unbesetzte Stellen gefährden den Schulunterricht in hoher Qualität. Zudem reduzieren sogenannte bedarfsmindernde Maßnahmen das Niveau der schulischen Ausbildung.

Durch das Ausscheiden einer großen Anzahl von LehrerInnen in den nächsten Jahren wird sich dieser Trend unweigerlich verschärfen.

Gerade in einer Stadt wie Halle (Saale), in der über 30 % der Kinder von Transferleistungen leben, ist eine ausgezeichnete Schulbildung notwendig, damit allen Kindern die bestmöglichen Chancen für ihre Entwicklung eröffnet werden. Zudem stellen sich unsere Schulen den Herausforderungen von Inklusion und Integration von MigrantInnen. Der Stadtrat unterstützt das ausdrücklich!

Allerdings ist seitens des Landes eine adäquate Unterrichtsversorgung mit dem entsprechend qualifizierten Lehrpersonal nötig!

Der Stadtrat fordert daher die Landesregierung mit dieser Resolution auf:

1. Die Unterrichtsversorgung an allen Schulen so sicherzustellen, dass der Unterricht vollumfänglich stattfinden kann.
2. Die zusätzlichen Lehrpersonalbedarfe für Inklusion und Integration von MigrantInnen zu decken.
3. Jede freiwerdende LehrerInnenstelle unverzüglich wiederzubesetzen.



- künftige Fördermittelbeantragungen der Stadt auf dem Feld der Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung
- die Vertretung der Stadt im Regionalen Arbeitskreis zur Umsetzung des „Operationellen Programms des Europäischen Sozialfonds (ESF) Sachsen-Anhalts“
- und die Positionierung der Stadt zum Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters Halle

3. Die Leitlinien sind regelmäßig durch den Geschäftsbereich IV zu evaluieren. Änderungen sind dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 8.10 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) sowie der Fraktion DIE LINKE/ Die PARTEI zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/01299**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:                    mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

§ 9

Beigeordnete

§ 9 (3) der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) wird wie folgt geändert:

1. Die Beigeordneten nehmen an den Ausschusssitzungen teil, wenn ihre Zuständigkeit gegeben ist.
2. Kann ein Beigeordneter (ggf. der Oberbürgermeister) nicht an einer Ausschusssitzung teilnehmen, bei der seine Zuständigkeit gegeben ist, hat er dem Ausschussvorsitzenden sein Fehlen und die hierfür vorliegende Begründung anzuzeigen.

**zu 8.12 Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE Fraktion, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Grundschule Heide  
Vorlage: VI/2015/01302**

---

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat**, machte darauf aufmerksam, dass sich die Schule in einem sehr schlechten Zustand befindet. Zu dem schlechten Gesamteindruck tragen die Fenster, ein offiziell nicht mehr nutzbarer Schulhofteil und ein Gebäude, welches eventuell abgerissen werden soll, bei.

**Herr Lange** regte an, vielleicht mit einem Projekt mit der Freiraumgalerie die farbliche Gestaltung des Schulgebäudes kreativ mit den Schülern, Lehrern und Eltern zu verändern.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies den Antrag zur weiteren Diskussion und Abstimmung in den Bildungsausschuss.

**Herr Senius, SPD-Fraktion**, stimmte den Ausführungen von Herrn Lange zu und bat um Aufrechterhaltung des Antrages zur Diskussion im Bildungsausschuss.

**Frau Dr. Bergner, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, fragte bei der Verwaltung an, ob bei der Vorstellung des Themas im Bildungsausschuss auch ein Vertreter der Bürgerinitiative eingeladen wird.

Dem Vorschlag wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** zugestimmt. Ebenfalls sollte der Förderverein der Schule eingeladen werden.

Er betonte abschließend, dass die von der Verwaltung dargelegten Punkte zur Verbesserung des Schulumfeldes weiter abgearbeitet werden.

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters  
in den  
**Bildungsausschuss**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, an der Grundschule Heide folgende Maßnahmen durchzuführen bzw. zu prüfen:

- 1) Fenster, die nicht ausgetauscht werden können, werden optisch aufgewertet (z. B. durch Streichen).
- 2) **Die Außentreppengeländer werden neu angestrichen.**
- 3) Der auf dem Schulhof befindliche Sandkasten wird mit neuem Sand befüllt.
- 4) **Die defekten Streusandbehälter werden ausgetauscht.**
- 5) Auf dem Schulhof werden ausreichend Sitzgelegenheiten für die SchülerInnen bereitgestellt. **Ferner ist die Errichtung einer Spielfläche samt Spielgerät eingehend zu prüfen.**
- 6) Die Grünanlagen auf dem gesamten Schulgelände werden regelmäßig gepflegt.
- 7) Die Gefahrenstellen auf dem Schulhof werden in Abstimmung mit der Schulleitung schnellstmöglich beseitigt.
- 8) **Die Flächen um die auf dem Schulhof befindlichen Bäume werden entsiegelt und anschließend mit Muttererde aufgefüllt.**
- 9) Weiterhin ist zu prüfen, ob der nicht genutzte Gebäudeteil durch entsprechende finanzielle Förderinstrumente abgerissen werden kann, insofern dieser grundsätzlich nicht mehr benötigt wird.
- 10) Zudem wird geprüft, ob der genutzte Gebäudeteil in Zusammenarbeit mit weiteren AkteurlInnen ein attraktiveres Äußeres erhalten kann (z. B. im Zusammenwirken mit AkteurlInnen der Freiraumgalerie in Halle-Freimfælde).

**zu 8.13 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Aufhebung des Gestaltungsbeschlusses zum Ausbau des Böllberger Weg Nord, 2.BA (Vorlage: VI/2012/11289)  
Vorlage: VI/2015/01301**

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, informierte darüber, dass die HAVAG bis heute nicht erklärt hat, ob sie Klage gegen das Urteil erheben wird. Auch liege den Stadträten noch keine schriftliche Begründung des Urteils vor. Um Klarheit zu schaffen, mache seine Fraktion mit dem Antrag einen Verfahrensvorschlag.

Des Weiteren soll die Stadtverwaltung beauftragt werden, alternative Wege, in Abstimmung mit dem Fördermittelgeber, dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen.

Seine Fraktion sehe es auch nicht als notwendig, den Antrag im Planungsausschuss zu diskutieren. Er bat um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, führte aus, dass am 30.10. eine interne Auswertung mit der HAVAG stattfinden soll.

In der öffentlichen Beigeordnetenkonferenz wurde das Ziel dargestellt, bis Mitte November einen Terminfahrplan zum Vorgehen der weiteren Schritte zu erstellen und vorzulegen. Aus diesem Grund habe Herr Oberbürgermeister die Verweisung in die Gremien vorgeschlagen, damit er im Planungsausschuss über die Ergebnisse der Gespräche und Absprachen berichten könne.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies den Antrag in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten, um dort die weiteren Verfahrens- und Arbeitsschritte zu diskutieren und um die entsprechende Klagefrist abzuwarten.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters  
in den  
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Beschluss des Stadtrates vom 27.11.2013, Vorlagennummer V/2012/11289 (Gestaltungsbeschluss zum Ausbau Böllberger Weg Nord, 2. BA) wird hinsichtlich des Bauabschnitts „2.1 Nordabschnitt“ (VI/2014/00108) aufgehoben.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für den „BA 2.1 Nordabschnitt“ eine neue Vorplanung, die den Erhalt des denkmalgeschützten Gebäudes Böllberger Weg 188 berücksichtigt, in Abstimmung mit dem Fördermittelgeber des Stadtbahnprogramms zu erarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen.

**zu 8.14 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Festlegung einer Spielplatzfläche am Rathenauplatz im Flächennutzungsplan  
Vorlage: VI/2015/01303**

---

**zu 8.14.1 Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Festlegung einer Spielplatzfläche am Rathenauplatz im Flächennutzungsplan  
Vorlage: VI/2015/01335**

---

**Frau Winkler, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, begründete den Antrag damit, dass im Flächennutzungsplan die Spielplatzfläche am Rathenauplatz, zwischen Willy-Lohmann-Straße und Robert-Blum-Straße, gesichert werden soll. Sie warb für die Zustimmung des Antrages ihrer Fraktion.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, wies darauf hin, dass mit



dem Beschluss zur Spielflächenkonzeption die Spielplatzfläche schon gesichert sei.

Des Weiteren machte er deutlich, dass mit einer bloßen Darstellung im Flächennutzungsplan keine Sicherung verknüpft ist und aus diesem Grund im Änderungsantrag der Verwaltung der Vorschlag zur Prüfung des Flächennutzungsplanes gemacht wurde.

Gegebenenfalls sei eine nochmalige Diskussion im Ausschuss sinnvoll.

**Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Planungsausschuss.

---

**zu 8.14.1 Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Festlegung einer Spielplatzfläche am Rathenauplatz im Flächennutzungsplan  
Vorlage: VI/2015/01335**

---

**Abstimmungsergebnis: verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion  
in den  
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, die Darstellung des Spielplatzes am Rathenauplatz zwischen Robert-Blum-Straße und Willy-Lohmann-Straße als Grünfläche mit der Zweckbestimmung Spielanlagen (Spielplatz) im Zuge der ab 2016 geplanten Neuaufstellung des Flächennutzungsplans zu prüfen.

---

**zu 8.14 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Festlegung einer Spielplatzfläche am Rathenauplatz im Flächennutzungsplan  
Vorlage: VI/2015/01303**

---

**Abstimmungsergebnis: verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion  
in den  
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt, dass im Flächennutzungsplan der Stadt Halle (Saale) die vorhandene Grünfläche am Rathenauplatz (zwischen Robert-Blum-Straße und Willy-Lohmann-Straße), die durch den Spielplatz begründet wird, dauerhaft gesichert wird.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das Procedere zur Änderung des Flächennutzungsplans einzuleiten und die betreffende Fläche für Sport- und Spielanlagen (grün) mit dem speziellen Symbol Spielanlagen entsprechend der Planzeichenverordnung für Bauleitplanungen (Plan-ZV) zu kennzeichnen.

**zu 8.15 Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zum Haushalt 2016 - VI/2015/01200  
Vorlage: VI/2015/01348**

---

**Herr Aldag, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, gab den Hinweis, dass die Verteilung der Austauschblätter nicht der gewünschten Form entsprochen habe. Man sei davon ausgegangen, dass die Änderungen aus den Unterlagen herausgenommen und durch die einzelnen Austauschblätter ersetzt werden könnten.

**Herr Bürgermeister Geier** sagte eine Prüfung des Sachverhaltes zu und verwies in diesem Zusammenhang auf technische Probleme.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird aufgefordert, bis zur 2. Lesung des Haushaltes im Fachausschuss Bildung am 03.11.2015, die Vorlage „Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014“ - VI/2015/01200 wie folgt zu ergänzen, vorzulegen und die aufgeführten Ratsbeschlüsse umzusetzen.

1. Vorlage der PLAN/IST Haushaltszahlen in Form einer Excel-Tabelle, inkl. aller Leistungsebenen - Stand 30.09.2015
2. Darstellung (mit Kommentar) von Strukturänderungen im gesamten Haushaltsplan im Vergleich zum Vorjahr
3. Umsetzung des Beschlusses, den einzelnen Haushaltsprodukten im Inhaltsverzeichnis Seitenzahlen zuzuordnen (VI/2014/00266)

**zu 8.16 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Nutzungskonzepts für das Künstlerhaus 188  
Vorlage: VI/2014/00445**

---

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte darauf aufmerksam, dass ein gleichlautender Antrag seiner Fraktion schon vor einiger Zeit vorgelegt und zurückgestellt wurde, um das Ergebnis der Gerichtsverhandlung um das Künstlerhaus 188 abzuwarten. Mittlerweile liege das Urteil vor und es müsse jetzt unverzüglich daran gegangen werden, das Haus qualifiziert weiter zu betreiben. Dazu müsse ein Konzept erarbeitet werden.

Im Kulturausschuss wurde der Antrag einstimmig angenommen und **Herr Feigl** bat um Zustimmung.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, bat ebenfalls um Zustimmung. Der Antrag sollte so behandelt werden, dass er in den Haushaltsberatungen gleich mit besprochen werden kann. ER bat die Verwaltung um eine schnelle Reaktion, damit es eine gewisse Sicherheit für die Verfahrensweise mit dem Haus gibt.

Durch **Herrn Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat**, wurde darauf hingewiesen, dass bei Berücksichtigung der Diskussion in den Haushaltsberatungen in 14 Tagen ein Konzept vorliegen müsste, da die letzte Sitzung am 26. oder 27. November stattfindet. Seiner Ansicht nach, sei dies jedoch nicht möglich, es sei denn, das Konzept liege schon vor.

**Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, erläuterte, dass auch jetzt schon bestimmte Summen für das Künstlerhaus 188 eingestellt sind und man die 14 Tage nutzen könne, um konzeptionelle Überlegungen anzustellen.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, äußerte sich dahingehend, dass er fest davon ausgeht, dass sich Frau Dr. Marquardt schon mit der Erarbeitung eines Konzeptes beschäftigt, was dann im Kultur- und auch im Finanzausschuss vorgelegt werden kann.

**Herr Krause** stellte fest, dass spätestens mit dem Urteil zum Künstlerhaus 188 der Verwaltung hätte klar sein müssen, dass eine Nutzung des Gebäudes weiterlaufen muss. Aus diesem Grund müssten Überlegungen da sein, auf die man aufsetzen kann. Durch die hohe Auslastung der Nutzung lägen auch gute Voraussetzungen vor, zunächst für die Restfinanzierung 2015 eine gute Begründung vorlegen zu können.

In ihren Ausführungen machte **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, deutlich, dass bis zum Ende des Jahres ein mittel- bzw. langfristiges Nutzungskonzept zur Beratung vorgelegt werden sollte.

Gleichzeitig gehe es darum, für 2016 keine Finanzierungslücke entstehen zu lassen. Es müsse deshalb die Möglichkeit geben, mit dem Haushaltsansatz und einem fachlich gut ausgearbeiteten Konzept zu arbeiten.

Durch **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, wurde darauf hingewiesen, dass sich die Verwaltung nicht erst seit wenigen Wochen mit dem Künstlerhaus 188 beschäftigt, es jedoch nicht möglich sei, ein voll abgestimmtes Konzept in zwei Wochen vorzuweisen.

Die Verwaltung entwickle aber auch Ideen und führe Gespräche mit den Vereinen, um eine gute Grundlage zur Diskussion im Kultur- bzw. Finanzausschuss vorzulegen.

**Herr Dr. Meerheim** merkte noch einmal an, dass die Ausführung des Beschlusses für die Verwaltung nicht umsetzbar sei.

**Herr Feigl** stellte klar, dass mit dem Ursprungsantrag zu diesem Thema die Erarbeitung eines inhaltlichen Konzeptes zur dauerhaften qualitativollen Leistung des Hauses für die Stadt erreicht werden sollte.

Aktuell müsse man jetzt mit dem Stand für 2015 umgehen und mit dem zu erarbeitenden Konzept auf die Jahre 2017 und fortfolgende blicken, damit das Haus inhaltlich dem Wert entspricht, was an finanziellen Mitteln dafür verwandt wird.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** unterstrich die Wichtigkeit eines Konzeptes und wies in dem Zusammenhang darauf hin, dass auch die Künstler außerhalb des Künstlerhauses 188 berücksichtigt werden müssen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                    **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit interessierten Nutzerinnen und Nutzern ein tragfähiges Nutzungskonzept für die Räumlichkeiten des Künstlerhaus 188 zu erarbeiten. Das Konzept ist dem Stadtrat spätestens im IV. Quartal 2015 zur Beschlussfassung vorzulegen. Die finanziellen Auswirkungen des Konzeptes sind zusammen mit dem Haushaltsplanentwurf 2016 zu beraten.

**zu 9            schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 9.1        Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Stadtratsfraktion)  
zum Spielflächenangebot in Büschdorf  
Vorlage: VI/2015/01298**

---

**Herr Scholtyssek** bedankte sich bei der Verwaltung für die zügige Beschaffung eines Ersatzgerätes für den Spielplatz in Büschdorf.

Er regte an, zu prüfen, ob der Standort am Kreuzotterweg, welche nicht so stark frequentiert werde, der richtige Standort für einen Spielplatz sei. Perspektivisch sollte darüber nachgedacht werden, das neue Spielgeräte im Grünzug am Drachenspielplatz zu errichten.

**zu 9.2        Anfrage des Stadtrates Ulrich Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu den  
LQE-Verhandlungen  
Vorlage: VI/2015/01096**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung erfolgt in der Novembersitzung des Stadtrates.

**Herr Peinhardt** machte darauf aufmerksam, dass seine Anfrage seit 80 Tagen in der Verwaltung vorliegt. Da die Anfragen größtenteils allgemeiner Natur sind, hätte er sich zumindest eine Teilbeantwortung gewünscht.

Er könne nicht nachvollziehen, weshalb die Beantwortung seiner Anfrage durch die Verwaltung so lange dauert.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde darauf hingewiesen, dass es schwierig sei, im Laufe der LQE-Verhandlungen und vor den Tarifverhandlungen die Fragestellung zu beantworten. Die Vorbereitungen dazu laufen.

Bezugnehmend auf die LQE-Verhandlungen führte **Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin Bildung**, aus, dass es zum einen um den Tarifabschluss geht und zum anderen der Spruch des Landesverfassungsgerichtes vorliege, welcher Auswirkungen auf die Finanzierung habe. Sie sicherte Herrn Peinhardt die Beantwortung seiner Anfrage zu.

**zu 9.3      Anfrage des Stadtrates Ulrich Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Auslastung der haleschen Kindertagesstätten  
Vorlage: VI/2015/01094**

---

**Herr Peinhardt** wies darauf hin, dass er mit der Beantwortung auf die letzte Frage nicht einverstanden wäre, da bei den LQE-Verhandlungen die verpflichtende Teilnahme am Elternportal nicht berücksichtigt wird. Er bat um weitere Ausführungen durch die Verwaltung.

Die Ausführungen zum Elternportal nahm **Frau Brederlow** als Anregung auf. Momentan werden Gespräche mit den Trägern diesbezüglich geführt.

**Herr Peinhardt** bat darum, das Portal aus Magdeburg zu nehmen, welches dort gut funktioniert.

**zu 9.4      Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Umsetzung des Beschlusses zur Durchsetzung der Barrierefreiheit (V/2010/09227)  
Vorlage: VI/2015/01276**

---

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in der Novembersitzung des Stadtrates.

**zu 9.5      Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI) zu Fahrtkosten für Projekttag im Rahmen des Schulunterrichtes  
Vorlage: VI/2015/01310**

---

**Herr Lange** fragte nach den Möglichkeiten zur Fahrkostenerstattung, wenn Projekte im Rahmen des Schulunterrichtes außerhalb des Stadtgebietes, zum Beispiel an der Fachhochschule in Merseburg, stattfinden. In der Stellungnahme der Verwaltung wurde darauf verwiesen, dass die Fahrtkosten aus dem eigenen Budget der Schule zu finanzieren sind.

In diesem Zusammenhang machte er darauf aufmerksam, dass es eventuell den rechtlichen Anforderungen nicht unbedingt genüge, für die Tage der Verlagerung des Schulunterrichtes an den Projekttagen an einen anderen Ort, für wenige Schüler die Fahrtkosten nicht zu übernehmen.

**Herr Lange** schlug eine weitere Diskussion zu diesem Thema im Bildungsausschuss vor, um eine Regelung für diese wenigen Fälle herbeizuführen.

**zu 9.6      Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI) zur Unfallgefahr wegen unbeleuchteter Treppen in der Leitergasse in Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/01311**

---

**Herr Lange** zeigte sich mit der Stellungnahme der Verwaltung nicht einverstanden. Er bat darum, Möglichkeiten zur Veränderung der Beleuchtung zu prüfen, um die Treppen sicht-

barer und erkennbarer zu machen, da sie eine Gefahrenquelle darstellen.

**zu 9.7      Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI) zur  
Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Dual-Career-Netzwerk  
Vorlage: VI/2015/01312**

---

**Herr Lange** schlug vor, die Wirkungsweise des Dual-Career-Netzwerkes und dessen, was die Stadt und ihre Unternehmungen darin leisten können, noch einmal im Wissenschafts- und Wirtschaftsausschuss aufzurufen, Vertreter dazu einladen, über die bisherigen Ergebnisse zu berichten.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** stimmte dem Vorschlag zu, machte aber darauf aufmerksam, dass durch die Verwaltung eine klare Beantwortung der von Herrn Lange gestellten Fragen erfolgt ist.

**zu 9.8      Anfrage der Stadträtin Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI) zur  
Treppe vor dem Ratshof  
Vorlage: VI/2015/01280**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.9      Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Ausschreibung eines  
Trägers für den Hort der Grundschule Glaucha  
Vorlage: VI/2015/01300**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.10     Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu den Auswirkungen von  
Verkehrs- und Sicherheitskonzepten bei Sportveranstaltungen im Erdgas  
Sportpark  
Vorlage: VI/2015/01304**

---

**Herr Eigendorf, SPD-Fraktion**, verwies darauf, dass die Antwort der Verwaltung nicht zufriedenstellend sei. Seine Fraktion werde weitere schriftliche Anfragen zu dem Thema stellen.

**zu 9.11     Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Sportareal am Gesund-  
brunnen  
Vorlage: VI/2015/01306**

---

**Herr Eigendorf, SPD-Fraktion**, verwies darauf, dass die Antwort der Verwaltung nicht zufriedenstellend sei. Seine Fraktion werde weitere schriftliche Anfragen zu dem Thema stellen.

**zu 9.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Ergebnissen der Verwaltungsstrukturreform  
Vorlage: VI/2015/01286**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abfallwirtschaft in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/01287**

---

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in der Novembersitzung des Stadtrates.

**zu 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verkehrsberuhigung am August-Bebel-Platz  
Vorlage: VI/2015/01289**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Energiebericht der Stadt Halle  
Vorlage: VI/2015/01290**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Reinigung städtischer Gebäude  
Vorlage: VI/2015/01292**

---

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in die Novembersitzung des Stadtrates.

**zu 9.17 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu den Erkenntnissen des Immissionsschutzberichtes 2014 für die Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/01307**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde vertagt.

**zu 9.18    Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum  
Bundesstützpunkt Schwimmen  
Vorlage: VI/2015/01308**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10      Mitteilungen**

---

**zu 10.1    Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen des  
Stadtrates und seiner beschließenden Ausschüsse  
Vorlage: VI/2015/01197**

---

Der Stadtrat nimmt die Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen in den beschließenden Ausschüssen und dem Stadtrat zur Kenntnis.

**zu 10.2    Prüfbericht gemäß Beschluss des Stadtrates vom 25.03.2015 zu  
anwaltlichen Beratungsverträgen  
Vorlage: VI/2015/01085**

---

Der Stadtrat nimmt den Prüfbericht des Fachbereiches Rechnungsprüfung gemäß Beschluss des Stadtrates vom 25.03.2015 zu anwaltlichen Beratungsverträgen zur Kenntnis.

**zu 10.3    Bewohnerparken in der Altstadt samt Quartier Spitze  
Vorlage: VI/2015/00829**

---

Die Information zum Bewohnerparken in der Altstadt samt Quartier Spitze wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.4    Weiterentwicklung Halle-Pass/Einführung Sozialticket  
Vorlage: VI/2015/01154**

---



Der Bericht zum Prüfergebnis zur Weiterentwicklung des Halle-Passes/Einführung eines Sozialtickets wurde zur Kenntnis genommen.

## zu 11 mündliche Anfragen von Stadträten

---

### zu 11.1 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beteiligung städtischer Mitarbeiter bei Asylverfahren Vorlage: VI/2015/01336

---

**Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates,** bat Herrn Krause, SPD-Fraktion, um das Verlesen der schriftlich gestellten mündlichen Anfragen seiner Fraktion.

1. In welcher Form, mit welchem Aufgabenprofil und in welchem Umfang sollen städtische Mitarbeiter in Einrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt bzw. des Bundes eingesetzt werden?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** teilte dazu mit, dass das Bundesamt, wie er in seinem Bericht schon ausführte, reagiert und 18 Beamte aus der Bundeswehr für die Tätigkeit eingesetzt hat. Damit entfällt die Abordnung städtischer Mitarbeiter.

2. Wie wird der Wegfall der Arbeitskraft der abgeordneten Mitarbeiter innerhalb der Stadtverwaltung kompensiert?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies auf seine Beantwortung zur Frage 1.

3. Plant der Oberbürgermeister in diesem Zusammenhang, Mitarbeiter aus Bereichen abzuordnen, in denen bereits gegenwärtig Überlastungsanzeigen vorliegen?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verneinte die Anfrage.

4. Wenn überzähliges, geeignetes Personal in der Stadtverwaltung für die Abordnung an das BAMF zur Verfügung steht, wurde zunächst eine verwaltungsinterne Abordnung in überlastete Bereiche geprüft? Wenn, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** erklärte, dass eine Beantwortung entfällt, da das Bundesamt tätig wurde.

**Herr Krause** zeigte sich mit den bisherigen Antworten des Herrn Oberbürgermeisters nicht einverstanden. Seine Fraktion werde die kompletten Anfragen noch einmal als schriftliche Anfragen stellen, um eine schriftliche Antwort dafür zu bekommen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wies darauf hin, dass sich der Vorgang erledigt habe, weil das Bundesamt tätig geworden ist. Da sich die einzelnen Fragen auf den einen Sachverhalt beziehen, könne er keine weiteren Ausführungen dazu machen. Auch habe er im Bericht des Oberbürgermeisters ausführliche Darstellungen dazu abgegeben.

**zu 11.2 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Führungskräftebefragung  
in der Stadtverwaltung  
Vorlage: VI/2015/01350**

---

*Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde zum TOP 11.2 ein Wortprotokoll erstellt.*

**Herr Krause, SPD-Fraktion**

Im Jahr 2014 wurde in der Stadtverwaltung eine Führungskräftebefragung durchgeführt. Deren Ergebnisse können als zentrales Instrument dienen, um die aktuelle Arbeitssituation in der Stadtverwaltung einzuschätzen und gegebenenfalls Prozesse zu optimieren. Bisher hat der Stadtrat keine Kenntnis von den Ergebnissen der Befragung erhalten.

Deshalb fragen wir die Verwaltung:

1. Wann liegen beziehungsweise lagen die Ergebnisse der Führungskräftebefragung vor?  
Wenn diese bereits vorliegen.

Vielleicht erst mal diese Frage als erstes.

**Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**

Herr Geier hat eine Antwort, bitte.

**Herr Bürgermeister Geier**

Ja, Herr Krause, ich habe da eine Antwort zu liefern, Entschuldigung ich muss das vorausschicken, weil natürlich die anderen Antworten oder die Fragen und die Antworten auf die anderen Fragen erübrigt.

Es ist nämlich so, dass das beauftragte Unternehmen, einseitig aus seiner Sicht, im November 2014 diesen Auftrag beendet hat. Und das das zu einem Zeitpunkt war, wo keine Ergebnisse dieser Befragung, oder .... es war ja in der Vorbereitung, das alles durchzuführen, wo keine Ergebnisse vorlagen. Das ist die Situation.

Es gibt kein Ergebnis, weil die beauftragte Firma von ihrer Seite aus den Auftrag beendet hat.

**Herr Krause**

o.k., danke.

**Herr Bartl**

Schließt das jetzt die anderen Fragen mit ein?

**Herr Bürgermeister Geier**

Jawohl, die anderen Fragen werden ja dann ....

**Herr Krause**

Ist logisch, das ergibt sich dann daraus.

**Herr Bartl**

Gut.

*Ende des Wortprotokolls.*

**zu 11.3 Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Stadtratsfraktion)  
zum Zustand des Marktplatzes  
Vorlage: VI/2015/01358**

---

**Herr Bernstiel** verlas seine schriftlich gestellten mündlichen Anfragen:

1. Wie wird der aktuelle Zustand des Marktplatzes (insbesondere Pflaster und Fugen) eingeschätzt?
2. Ergibt sich aus den sichtbaren Schäden ein unmittelbarer Handlungsbedarf?
- 2a. Falls ja, welche Maßnahmen sind geplant und wann sollen diese umgesetzt werden?

Zur Frage 1. verwies **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, auf die hochsommerlichen Temperaturen, welche zu Ausdehnungen des Plattenbelages und in Folge zu Ausplatzungen im Bereich der Fugen und Plattenkanten geführt hätten. Die Schäden seien äußerlich und stellen keine sicherheitsbeeinträchtigende Situation dar.

Zur Frage 2. führte **Herr Beigeordneter Stäglin** aus, dass sich aus den sichtbaren Schäden kein unmittelbarer Handlungsbedarf ergibt, so dass eine Antwort zur Frage 2a. entfällt.

Auf die Nachfrage von **Herrn Bernstiel**, bei welchem Zustand der Platten Handlungsbedarf durch die Verwaltung gesehen wird, ergänzte **Herr Beigeordneter Stäglin**, dass auf dem Marktplatz, wie auf jeder anderen öffentlichen Fläche auch, Vor-Ort-Begehungen stattfinden und Einschätzungen von Gefahrenstellen gemacht werden. Derzeit besteht hier kein Handlungsbedarf.

**zu 11.4 Anfrage Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum Hochwasserschutz**

---

Bezugnehmend auf die Bürgerinformationsveranstaltung zum Thema Hochwasser am 17. September verwies **Herr Scholtyssek** auf die Äußerungen von Vertretern des Landesbetriebes für Hochwasserschutz, dass für den Stadtteil Planena eine Lösung gefunden wird, für den Stadtteil Osendorf keine Lösung vorliege und in der Innenstadt das Wasser gestapelt werden soll.

In diesem Zusammenhang fragte er an:

- Welche Lösung strebt der LHW/die Stadt für Planena an?
- Sieht die Stadt Möglichkeiten zur Verbesserung des Hochwasserschutzes in Osendorf?
- Was ist unter „Stapelung“ des Wassers im Vorfeld der Innenstadt zu verstehen? Welche Auswirkungen sind damit für die Innenstadt und für die südlichen Stadtteile an der weißen Elster verbunden?
- Im Landtag wurde von den Koalitionsfraktionen am 14. Oktober ein Antrag zur Förderung des kommunalen Hochwasseraudits eingebracht. Hierzu sollen sehr zügig erste Modellprojekte ergriffen und auch entsprechend gefördert werden. Plant die Stadt Halle, sich an einem solchen Modellprojekt zu beteiligen?

Bezüglich der letzten Frage bestätigte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** die Teilnahme der Stadt an Modellprojekten.

Zu den anderen Fragen könne er keine Ausführungen machen, da die Aussagen vom LHW getroffen worden sind. Er sagte eine Nachfrage diesbezüglich beim LHW zu.

**zu 11.5 Anfrage des Stadtrates Ulrich Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur ehemaligen Schwemme-Brauerei**  
**Vorlage: VI/2015/01363**

---

**Herr Peinhardt** verlas seine schriftlich eingereichten mündlichen Anfragen zum Thema Schwemme-Brauerei:

- Wie gestaltet sich die Situation vor Ort nach dem Brand?
- Welche Ansätze verfolgt die Verwaltung hinsichtlich der ehem. Schwemme-Brauerei?
- Wird die Verwaltung den Verein "Schwemme e.V." in den Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOL, HOAI und VOF einladen? Im Ausschuss könnten Verwaltung, Rat und Verein gemeinsam das weitere Vorgehen besprechen.
- Kann im Ausschuss das Nutzungskonzept des Vereins "Schwemme e.V. vorgestellt werden?
- Was geschieht mit den bereitgestellten Städtebaumitteln zur Rettung des Gebäudes?

Dazu teilte **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, mit, dass das Gebäude baulich gegen unkontrollierten Einsturz gesichert wurde. Die losen Dachziegel wurden entfernt, ein statisches Gutachten erstellt und in Kürze soll ein Witterungsschutz auf das Dachtragwerk aufgebracht werden.

Parallel zu den Sicherungsarbeiten gäbe es Gespräche nicht nur mit dem Verein, sondern auch mit dem anderen Eigentümer und mit allen Interessenten. Ebenso werden durch die Eigentümer Gespräche mit den Versicherungen zur Kostenübernahme geführt.

In Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Vergabeausschusses soll das Thema im Vergabeausschuss behandelt und entschieden werden, ob der Verein eingeladen und wie weiter damit umgegangen werden soll.

Zum Thema Städtebaufördermittel führte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, aus, dass keine Städtebaufördermittel zielgerichtet nur für das Gebäude vorgesehen waren, sondern eine intern besprochene Sicherung für die Schwemme aus dem Topf der Sicherungsmittel erfolgen sollte.

Da es zum Zeitpunkt der Gespräche über die Sicherungsmittel dort keine Entwicklung gab, flossen diese Mittel in andere Projekte. Ziel sei jetzt, die Versicherungsmittel primär einzusetzen für Sicherungsmaßnahmen.

Die darüber hinausgehende Projektentwicklung in der Schwemme sei nicht über Sicherungsmittel abzusichern gewesen. Es würde ein neues Projekt darstellen, für welches geprüft werden muss, welche Förderquote, mit welchem Ansatz einzusetzen wäre.

Im Moment stehen in der Städtebauförderung Null Euro zur Verfügung. Wenn sich das Projekt weiter konkretisiert, müsse die Förderquote geprüft und das Projekt in der Prioritätenfolge eingeordnet werden.

Auf Nachfrage von Herrn Peinhardt verwies **Frau Beigeordneter Dr. Marquardt** darauf, dass sich die Stadt in Gesprächen mit der Versicherung befindet und der Versicherungsschutz erst noch ermittelt werden muss.

#### **zu 11.6 Anfrage Frau Wagner, Stadträtin, zur Vollstreckung von GEZ-Gebühren**

---

**Frau Wagner** informierte über den Fall einer alleinstehenden Selbständigen, welche die Vollstreckungsankündigung bekommen habe. Gleichzeitig sei die Vollstreckungsangelegenheit an die Sparkasse gegangen, welche eine Pfändung vornahm und eine Hausdurchsuchung ankündigte.

Sie fragte nach, ob die Vorgehensweise allgemeine Praxis in der Stadt sei.

Laut der Aussage von **Herrn Bürgermeister Geier** gibt es zu dem grundsätzlichen Thema die Verfahrensweise, dass die betroffenen Personen der Stadt eine Mehrfertigung des entsprechenden Antrages zur Befreiung von GEZ-Gebühren an die GEZ schicken. Dann könnte die Stadt mit der GEZ Kontakt aufnehmen und tätig werden. Ansonsten könne die Stadt nichts tun.

Im Moment sei ihm keine Rückmeldung von betroffenen Bürgern bekannt.

Auf Nachfrage von Frau Wagner machte **Herr Bürgermeister Geier** deutlich, dass die Konten nicht sofort gepfändet werden, sondern es verschiedene Vorstufen der Vollstreckung gäbe. Dies müsse im Einzelfall geprüft werden.

#### **zu 11.7 Anfrage Frau Wagner, Stadträtin, zu Flüchtlingen im Globus-Einkaufsmarkt**

---

**Frau Wagner** berichtete von einem angeblichen Vorfall im Globus-Einkaufsmarkt, wo Migranten ohne Bezahlung einkauft und Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand hinzukam und die Bezahlung, mit dem Hinweis auf Stillschweigen, angeboten habe.

Sie fragte an, ob es den Vorfall gab und wenn ja, woher Herr Oberbürgermeister das Geld nimmt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte deutlich, dass ihm ein solcher Vorfall nicht bekannt sei.

#### **zu 11.8 Anfrage Frau Wagner, Stadträtin, zur Montags-Demonstration**

---

Bezugnehmend auf die Montags-Demonstration fragte **Frau Wagner** an, wer zur Gegendemonstration aufgerufen hat und ob die Stadt daran beteiligt war.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** teilte dazu mit, dass die Stadt nicht zu einer Gegendemonstration aufgerufen hat.

#### **zu 11.9 Anfrage Frau Winkler, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum ehemaligen Regierungspräsidium**

---

**Frau Winkler** erinnerte an ihre Anfrage aus der Stadtratssitzung im Juli und fragte nochmals an, wann am ehemaligen Regierungspräsidium, im Altbau, Baumaßnahmen stattfinden würden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**zu 11.10 Anfrage Frau Dr. Schöps, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu Baumfällungen am Steintor im Zusammenhang mit Gestaltungsbeschlüssen des Stadtrates**

---

Zu Baumfällungen am Steintor und in diesem Zusammenhang zum Umgang von Gestaltungsbeschlüssen des Stadtrates fragte **Frau Dr. Schöps** an, weshalb die Verwaltung es versäumt habe, zu einer Änderung im Planfeststellungsverfahren, von der anzunehmen war, dass sie vielleicht die Öffentlichkeit interessiert, nicht in den Fachausschüssen informiert zu haben.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, erläuterte, dass ein Gestaltungsbeschluss noch nicht das Ergebnis der Ausführungsplanung darstellt. Im vorliegenden Fall wurde nach dem Gestaltungsbeschluss weiter geplant. Dabei sei es möglich, dass Dinge, die auf der gestalterischen Ebene als Zielvorstellung formuliert worden sind, nicht immer hundertprozentig umgesetzt werden können.

Er sagte eine Prüfung dahingehend zu, weshalb der Antrag nicht auf die Baumfällliste gekommen ist. Eine Beantwortung erfolgt dann im Ordnungs- und Umweltausschuss.

**zu 11.11 Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Integrationveranstaltung**

---

**Herr Wolter** bezog sich auf die Ankündigung des Oberbürgermeisters, am 11.11. zu einem Integrationsgipfel einzuladen, an welchem alle beteiligten Akteure über ihre Projekte zur Integration sprechen sollen.

Er bat Herrn Oberbürgermeister um weitere Ausführungen zur Größenordnung der Veranstaltung.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** führte aus, dass ein Gedankenaustausch stattfinden soll. Man habe dazu die wesentlichen Träger und Organisationen eingeladen. Eigene Vorschläge der Fraktionen werden gern entgegengenommen. **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um rechtzeitige Zusendung von Vorschlägen, damit diese Berücksichtigung finden können.

**zu 11.12 Anfrage Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum ehemaligen Schlachthof**

---

**Herr Feigl** berichtete über Bautätigkeiten auf dem ehemaligen Schlachthofgelände und bat um nähere Informationen dazu.

Des Weiteren fragte er an, weshalb es sieben Jahre bis zur Klärung der Eigentümersituation dauerte, um dann festzustellen, dass der Eigentümer mittellos ist und erst dann die Zwangsversteigerung beantragt werden konnte.

In Bezug auf die Bautätigkeiten wurde durch **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darauf hingewiesen, dass die Bahn AG dort tätig sei und momentan vorübergehend das Gelände teilweise für deren Bautätigkeiten als Stellfläche nutzt.

Die Frage zur Eigentümerfeststellung beantwortete **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** dahingehend, dass man erst jetzt eine Möglichkeit gefunden habe, einen Nachtragsliquidator zu bestellen.

#### **zu 11.13 Anfrage Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu den Scheiben in Halle-Neustadt**

---

Bezogen auf die Ausführungen im Bericht des Oberbürgermeisters über die Prüfung der Scheibe A in Halle-Neustadt zur eventuellen Einrichtung eines Teiles der Verwaltung fragte **Herr Feigl** an, wann das Raumkonzept der Stadt vorgelegt wird.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** erklärte, dass im Grundsatzbeschluss für die Scheibe A deutlich gemacht werden soll, welche Einheiten und Organisationsteile der Verwaltung dort mit einziehen können.

Bei Bestätigung des Grundsatzbeschlusses kann das Raumkonzept folgen.

#### **zu 11.14 Anfrage Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur ehemaligen Schwemme-Brauerei**

---

**Herr Feigl** bezog sich auf die Aussagen von Herrn Beigeordneten Stäglin zu den Sicherungsmitteln für die Schwemme-Brauerei und fragte an, weshalb die Fördermittel an andere Projekte gegeben wurden.

Dazu teilte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass man im Sommer diesen Jahres beim Kassensturz, bezogen auf die Sicherungsmittel, festgestellt habe, dass das Geld für die Projekte eingesetzt werden soll, wo eine schnelle Verwendung möglich ist, um für die Stadt eine Reduzierung der Zinslast zu erreichen.

Sollte das Nutzungskonzept für die Schwemme-Brauerei greifen, kann die Stadt einen entsprechenden Antrag auf Städtebauförderung für den Ausbau oder eine Konzeptumsetzung beantragen.

Durch den Brand habe man jetzt die Situation, dass Sicherungsmaßnahmen über die Leistungen der Versicherung zu finanzieren und umzusetzen sind.

#### **zu 11.15 Anfrage Frau Bohm-Eisenbrandt, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Eissporthalle**

---

**Frau Bohm-Eisenbrandt** fragte nach dem aktuellen Stand für die Fördermittelbewilligung im Eisdorn.

**Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, teilte dazu mit, dass nach letztem Stand eine Teilbewilligung für den Abriss und die Planung vorliegt.

#### **zu 11.16 Anfrage Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu fehlenden HH-Stellen**

---

**Frau Dr. Brock** informierte darüber, dass im Entwurf des Haushaltsplanes zwei Stadtratsbeschlüsse nicht berücksichtigt worden sind.

Zum einen handelt es sich um den am 25.02. gefassten Beschluss zur Einstellung einer Haushaltsstelle für das Jahr 2016 zur zusätzlichen Arbeit zur Bekämpfung infolge der Kinderarmut. Zum anderen geht es um die im Mai dieses Jahres gefassten Beschluss zur Einstellung einer Haushaltsstelle für die Erstellung eines Konzeptes zur Finanzierung für Kunst im öffentlichen Raum.

**Frau Dr. Brock** fragte nach, weshalb die angeführten Stellen im Haushalt keine Berücksichtigung fanden.

**Herr Bürgermeister Geier** sagte eine Prüfung des Sachverhalts und schriftliche Beantwortung zu.

#### **zu 11.17 Anfrage Frau Dr. Bergner, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum Konservatorium**

---

**Frau Dr. Bergner** informierte darüber, dass die Sekretärin im Konservatorium abgeordnet wurde. Sie fragte an, wie lange die Nichtbesetzung der Stelle geplant sei und durch wen die anfallenden Aufgaben wahrgenommen werden.

Dazu teilte **Herr Bürgermeister Geier** mit, dass die kw-Stelle im Konservatorium vor vier Jahren ausgewiesen wurde und in Abstimmung mit der damaligen Leitung erfolgte.

Bezüglich der Wahrnehmung der Aufgaben wies er darauf hin, dass, solange der Stelleninhaber die Stelle begleitet, die entsprechende Umorganisation vorgenommen wird. Inwieweit das durch den Leiter des Konservatoriums in diesem Fall erfolgt ist, könne er keine Aussagen treffen.

In keinem Fall werden die betreffenden Personen einfach abgezogen, sondern es wurden vorher mit der jeweiligen Leitung und dem zuständigen Beigeordneten Gespräche geführt.

#### **zu 11.18 Anfrage Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Moritzburg**

---

**Frau Dr. Wünscher** bezog ihre Anfrage auf die Berichterstattung des Oberbürgermeisters zur Moritzburg, in welchem er darüber informierte, dass er demnächst das Landesverwaltungsamt um eine Stellungnahme zum Stadtratsbeschluss und zum bestehenden Vertrag mit der Moritzburg bitten werde.

In diesem Zusammenhang wies sie darauf hin, dass der Beschluss des Stadtrates, den Widerspruch des Oberbürgermeisters nicht zuzustimmen, im Juni gefasst wurde und sie



davon ausgegangen war, dass dann sofort das Landesverwaltungsamt mit einer Stellungnahme beauftragt wird.

Sie fragte an, ob es sich um eine Ermessensfrage handelt, wie lange man sich Zeit lässt, das Landesverwaltungsamt um eine Stellungnahme zu bitten oder ob es einen strengen Zeitplan gibt, der nach einem solchen Stadtratsbeschluss einzuhalten ist.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** führte dazu aus, dass nach Einlegung des zweiten Widerspruchs der Hauptverwaltungsbeamte verpflichtet sei, unverzüglich den Widerspruch dem Landesverwaltungsamt zur Entscheidung vorzulegen, was auch erfolgt ist.

Im vorliegenden Fall habe man aber gemeinsam besprochen, dass er das Landesverwaltungsamt um Aussetzung bittet, solange die Verhandlungen zwischen dem Minister und ihm laufen. Auch habe er in jeder Stadtratssitzung über die Verhandlungsgespräche berichtet.

Seiner Ansicht nach sind die Verhandlungen gescheitert. Die Mitarbeiter des Ministers hätten deutlich gemacht, dass sie seinem Vorschlag, 150.000 Euro für die nächsten fünf Jahre zur Verfügung zu stellen, nicht folgen.

Deshalb müsse jetzt unverzüglich über den Widerspruch entschieden werden. Aus diesem Grund werde er das Landesverwaltungsamt bitten, das Ruhen des Verfahrens aufzuheben und in die Entscheidungsphase überzugehen.

#### **zu 11.19 Anfrage Frau Dr. Wünsch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Städteinitiative zum Motto "Große Pläne - Die angewandte Moderne in Sachsen-Anhalt"**

---

**Frau Dr. Wünsch** informierte darüber, dass in der Städteinitiative zum Motto "Große Pläne - Die angewandte Moderne in Sachsen-Anhalt im Zusammenhang mit dem Bauhausjubiläum" die Stadt Halle bisher nicht vorkommt.

Sie fragte an, ob sich die Stadt Halle in angemessener Form daran beteiligt. Und wenn ja, mit welcher städtischen Einrichtung der halleische Beitrag geleistet werden soll. Des Weiteren bat sie um Informationen, wie die städtische Beteiligung mit dem Land kommuniziert wird, damit die Stadt Halle bei der überregionalen Nennung der Städte in angemessener Weise Berücksichtigung findet.

**Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, teilte dazu mit, dass es in diesem Jahr bei der Vorbereitung schon eine Beteiligung durch die Moritzburg und den Kunstverein Talstraße gab. Mit den Leitern beider Einrichtungen wurden durch sie und Herrn Oberbürgermeister schon Gespräche geführt. In der nächsten Woche sei ein Gesprächstermin im Kultusministerium zu diesem Thema vorgesehen.

Hauptthema im nächsten Jahr werden aber 900 Jahre Stadtsingechor und die UNESCO-Bewerbung der Franckeschen Stiftungen sein.

Mit der Moritzburg und dem Kunstverein Talstraße werden weitere Gespräche geführt, um sie bei den Projekten zu begleiten. Auch mit dem Kultusministerium werde man sich in Verbindung setzen, um die Nennung der Stadt Halle bei der Städteinitiative zu besprechen.

Gleichfalls sind Gespräche mit dem Stadtarchiv, dem Stadtmuseum und dem Stadtmarketing geplant, damit diese einen Beitrag dazu leisten.

**Frau Beigeordnete Dr. Marquardt** sicherte die laufende Berichterstattung zu diesem Thema im Kulturausschuss zu.

**zu 11.20 Anfrage Herr Lange, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, zum Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag**

---

**Herr Lange** fragte nach dem aktuellen Stand zum Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag und nach dem weiteren Prozedere.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** teilte mit, dass er den Vertrag gestern unterschrieben habe.

Zum weiteren Verfahren führte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, aus, dass mit dem unterschriebenen Vertrag die HAVAG in die Lage versetzt ist, mit dem Subauftragnehmer die weiteren Schritte und Verhandlungen zu führen.

**zu 11.21 Anfrage Frau Plath, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, zur Gemeinschaftsunterkunft in der Trakehner Straße**

---

**Frau Plath** informierte über die beengten Räumlichkeiten für die Sozialarbeiter in der Gemeinschaftsunterkunft in der Trakehner Straße. Da der Vermieter einer Erweiterung der Räume nicht positiv gegenübersteht, fragte sie an, ob die Verwaltung Möglichkeiten sieht, hier positiv einzuwirken.

**Herr Paulsen, Grundsatzreferent**, bedankte sich für den Hinweis. Er sicherte ein Gespräch mit dem Betreiber zur Schaffung verbesserter Arbeitsbedingungen zu.

**zu 11.22 Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zur Moritzburg**

---

*Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde zum TOP 11.22 ein Wortprotokoll erstellt.*

**Herr Krause, SPD-Fraktion**

Ich möchte nur anknüpfen an die Frage von Frau Dr. Wünscher. Ich habe das jetzt richtig verstanden, Sie wollen Richtung Landesverwaltungsamt gehen, um die Sache dort prüfen zu lassen?

Ich hatte ein Gespräch, unsere Fraktion hatte ein Gespräch, mit dem Minister am Montag. Und der wartet auf eine Antwort von Ihnen und der hat Ihnen eine Frist gesetzt bis zum 30.06., nachdem das Ministerium, der Mitarbeiter, Ihnen erklärt hat, unter welchen Voraussetzungen aus Sicht des Landes etwas geht und was nicht geht und hat auch Verständnisfragen gestellt.

Die warten auf eine Antwort, haben eine Frist gesetzt und Sie laufen Gefahr, dass das Land klagt. Und zwar auf den Restbetrag. Nehmen Sie das in Kauf? Der 30. ist ja nun bald.

**Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzende des Stadtrates**

Frau Ernst

**Frau Ernst, Büroleiterin**

Genau das ist das Problem, Herr Krause. Also die Stadt Halle und der Minister sind sich einig. Die Verwaltung setzt Schreiben auf, die den Absprachen mit dem Minister nicht entsprechen und insofern hat der Minister die Rückmeldung.

Auf das Schreiben der Verwaltung, da kann ich jetzt auch...

**Herr Krause**

Also er hat mir aber so in etwa das gleiche gesagt, was in dem Schreiben steht, am Montag.

**Frau Ernst**

Nein, das trifft nicht zu.

Also die Absprachen zwischen der Stadt Halle und dem Minister, da brauchen Sie nicht lachen Frau Hintz, ... *unverständlich* ... nein, das sage ich nicht, ich sage, dass die Stadt Halle und der Minister sich einig sind. Die Verwaltung da drunter aber eine andere Auffassung vertritt und die schriftlich mitteilt. Das ist auch kein Schreiben des Ministers, sondern der entsprechenden Mitarbeiterin.

**Herr Krause**

Heißt das jetzt im Umkehrschluss, eigentlich hätten wir unseren Antrag zum Thema Moritzburg aufrechterhalten sollen, die Fraktionen. Wir hatten ihn ja vertagt in den September rein, meine ich, und dann abgewartet, wie das Verhandlungsergebnis ist.

**Frau Ernst**

Nein, Sie haben den beschlossen, Herr Krause. Und daraufhin hat der Oberbürgermeister Widerspruch eingelegt.

**Herr Krause**

Also mir geht es vor allen Dingen darum, dass dieses Thema, mal abgesehen von dem Sachverhalt, den ich eben geschildert habe, der mir anders dargestellt worden ist, wir ja auch in Haushaltsberatungen zu diskutieren haben.

Wenn Sie jetzt die Absicht haben, zum Landesverwaltungsamt zu gehen, dann wissen wir nicht, wann da die Antwort kommt. Dann sind wir vielleicht diesbezüglich mit den Beratungen durch.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Herr Krause, wir brauchen nicht zum Landesverwaltungsamt zu gehen. Der Vorgang liegt bereits dort zur Entscheidung. Wir haben .... der Vorgang ruhte lediglich. Er wird jetzt entschieden.

**Herr Krause**

Na, dann bin ich mal gespannt, was dabei rauskommt.

Zweite Frage. Es hält sich hartnäckig so das Gerücht, dass bei der SALEG die Kündigung nicht anerkannt wird, weil die Formalie, der Formalie nicht genüge getan wurde.

Ist die Kündigung bei der SALEG nun erfolgt aus Sicht der Stadt, ohne dass man damit rechnen muss, dass von der anderen Seite eine Klage kommt?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Sie wissen genau, dass es ein Teilbereich des nicht öffentlichen Teils ist und da beantworte ich Ihnen die Frage gern.

**Herr Krause**

Gut, der Beschluss ist aber eigentlich öffentlich mitgeteilt worden, nachdem die nicht öffentliche Sitzung gewesen ist. Deswegen frage ich das. Kann ich aber gern im nicht öffentlichen Teil wiederholen. Das ist gar keine Frage.

*Ende des Wortprotokolls.*

### **zu 11.23 Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zur Führungskräftebefragung**

---

*Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde zum TOP 11.23 ein Wortprotokoll erstellt.*

#### **Herr Krause, SPD-Fraktion**

Ich möchte aber noch ankündigen, vorher noch die Frage, ist es tatsächlich so, mit Blick auf die Frage von vorhin zur Führungskräftegeschichte, dass kein Ergebnis vorliegt?

Es liegt, Sie sagen definitiv, kein Ergebnis vor?

#### **Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**

Herr Geier, Sie sind gefragt.

#### **Herr Krause**

Oder gefällt es Ihnen nur nicht?

#### **Herr Bürgermeister Geier**

Also, ich habe ja vorhin erzählt, dass das in einem Stadium war, wo im Prinzip das Ganze, der ganze Prozess am Anfang war und deshalb ist da auch kein Ergebnis da. Und selbst wenn es so wäre, hat sich ja der Unternehmer vorbehalten, dass er da sozusagen seinen Urnehberschutz geltend macht.

#### **Herr Krause**

Das hört sich alles sehr nebulös an, aus meiner Sicht.

Also ich kündige an, da werden wir noch mal ganz detailliert nachfragen, weil sich uns diese Antwort nicht erschließt.

*Ende des Wortprotokolls.*

### **zu 11.24 Anfrage Herr Borggrefe, SPD-Fraktion, zum Konservatorium**

---

**Herr Borggrefe** bezog sich auf die Sekretariatsituation im Konservatorium und teilte mit, dass es dort zwei Planstellen gäbe. Eine Stelle war kw gestellt und die andere Planstelle seit Januar wegen Langzeiterkrankung nicht besetzt.

Da das Sekretariat auf unbestimmte Zeit nicht besetzt ist, fragte er an, wie eine städtische Einrichtung mit 2.000 Schülern, in welcher in sechs Wochen ein 50jähriges Jubiläum gefeiert werden soll, ohne Sekretariatsbetrieb arbeiten soll.

**Herr Bürgermeister Geier** verwies darauf, dass es sich um eine Frage der Organisation innerhalb der Einrichtung handelt. Zur Analyse der aktuellen Situation werde er sich mit Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, in Verbindung setzen.

**Herr Borggrefe** wies abschließend auf die große Dringlichkeit des Anliegens hin.

## **zu 11.25 Anfrage Herr Senius, SPD-Fraktion, zur Initiative "Joblinge"**

---

*Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde zum TOP 11.25 ein Wortprotokoll erstellt.*

### **Herr Senius, SPD-Fraktion**

Ich habe drei Fragen. Die erste bezieht sich auf den Bericht des Oberbürgermeisters. Herr Oberbürgermeister, Sie haben ausgeführt, dass aufgrund Ihrer Initiative das Projekt „Joblinge“ jetzt auch auf Halle übertragen wird. Ist Ihnen bekannt, das ist meine Frage, dass das Projekt „Joblinge“ schon seit Jahren in Halle erfolgreich durchgeführt wird?

### **Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**

Bitte.

### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Nicht mit der Stadt.

### **Herr Senius**

Ach so, Sie wollen sich da als Arbeitgeber beteiligen. Da hätte man nicht unbedingt in die Metropolregion Mitteldeutschland schauen müssen. Aber ist in Ordnung.

*Ende des Wortprotokolls.*

## **zu 11.26 Anfrage Herr Senius, SPD-Fraktion, zur personellen Unterstützung durch die Bundeswehr in der ZASt**

---

*Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde zum TOP 11.26 ein Wortprotokoll erstellt.*

### **Herr Senius, SPD-Fraktion**

Die zweite Frage bezieht sich auf Ihre wiederholten Anmerkungen, dass aufgrund Ihrer Intervention das BAMF jetzt organisiert hat, dass Bundeswehrsoldaten zur Unterstützung im Registrierungsverfahren, also nicht im Asylantragsverfahren, sondern im Registrierungsverfahren, auch im Maritim als Außenstelle der ZASt tätig werden.

Meine Frage ist, ist Ihnen bekannt, dass die entsprechende Entscheidung, die Bundeswehr unterstützt mit 1.000 Mitarbeitern das BAMF bei der Registrierung in allen zentralen Aufnahmestellen und Außenstellen bereits seit ungefähr Mitte September getroffen wurde?

### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Dann verstehe ich nicht, dass die Mitarbeiter der Bundeswehr erst gestern gekommen sind.

### **Herr Senius**

Ich wollte bloß deutlich machen, ob es einen Zusammenhang mit Ihrer Intervention gibt. Aber Sie haben es damit schon beantwortet.

*Ende des Wortprotokolls.*

**zu 11.27 Anfrage Herr Senius, SPD-Fraktion, zur Beanspruchung von Kassenkrediten hinsichtlich der Aufgaben im Flüchtlingsbereich**

---

*Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde zum TOP 11.27 ein Wortprotokoll erstellt.*

**Herr Senius, SPD-Fraktion**

Die dritte Frage bezieht sich darauf, ob die Stadt Halle aufgrund der Investitionen im Flüchtlingsbereich Kassenkredite in Anspruch nehmen muss. Wenn ja, wird dadurch die Obergrenze überschritten? Wenn ja, ist das schädlich?

**Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**

Herr Geier?

**Herr Bürgermeister Geier**

Ja, also ich kann jetzt schlecht in die Zukunft schauen. Aber ich gehe davon aus, dass zumindest für diese Erstaufnahmesituation das Land sich an seine Zusagen hält und quasi zeitnah Erstattungen oder auch Vorausleistungen gibt. Ist das der Fall, dann sehe ich da kein Problem. Gibt es da aus irgendwelchen Gründen Zahlungsverzögerungen, geht es natürlich über einen gewissen Zeitraum zulasten unserer Kassenliquidität.

**Herr Senius**

Ich würde bloß allen empfehlen, frühzeitig mit der Aufsicht klarzumachen, dass, falls dadurch Kassenkredite gerissen werden, die Decken gerissen werden, es nicht zulasten der Obergrenzen gehen kann.

**Herr Bartl**

Herr Oberbürgermeister.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Also vielen Dank für den Hinweis, Herr Senius.

Das Land hat bereits mit einem Erlass die Kassenkredite gerade für .... auf der Grundlage dieser Vorgänge dann auch den Kommunen diese Überschreitung auch zugebilligt.

*Ende des Wortprotokolls.*

**zu 11.28 Anfrage Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu Versicherungen für öffentliche Gebäude**

---

Bezüglich der Ausführungen von Frau Dr. Marquardt auf die Anfrage von Herrn Peinhardt zur Schwemme und den Versicherungsleistungen nach dem Brand machte **Herr Scholtyssek** darauf aufmerksam, dass ihm im Haushalt der Stadt kein Posten Versicherungsprämien bekannt sei.

**Herr Heinz, Fachbereichsleiter Immobilien**, informierte darüber, dass für Feuerschäden an städtischen Gebäuden eine solche Versicherung existiert und man auch schon mit der Versicherung verhandelt habe.

#### **zu 11.29 Anfrage Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Verkehrsprognose Merseburger Straße**

---

**Herr Scholtyssek** informierte über eine Bürgerversammlung, wo über das Ergebnis zur Untersuchung der Verkehrsprognose in der Merseburger Straße informiert wurde. Laut der Vorstellung des Untersuchungsergebnisses sind im Süden der Stadt, südlich der Rosengartenbrücke, erhebliche Verkehrszunahmen zu erwarten.

In einem jetzt von der Verwaltung vorgelegten Antwortschreiben werde ausgeführt, dass diese Prognose nicht stimmt, mit der Begründung, im Bereich des südlichen Saalekreises wurden zu hohe Infrastrukturdaten angenommen, die zu einer Zunahme der Verkehrsbelastung im südlichen Teil der Merseburger Straßen führen würden.

**Herr Scholtyssek** bat die Verwaltung um Erläuterungen der Aussage.

Durch **Herrn Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, wurde darauf hingewiesen, dass die Präsentation bei der Veranstaltung nicht die einzelnen Folien im Detail enthalten habe und bei der Einstellung des Folienvortrages ins Netz drei weitere Folien enthalten waren, die nicht Teil des Vortrages gewesen sind. Da diese auch intern zu Fragen führten, erfolgte noch einmal eine inhaltliche Überprüfung.

Für die Prognose hat es verschiedene Prämissen, wie die mögliche bauliche Entwicklung, welche Infrastruktureinrichtungen liegen vor, etc. gegeben, welche in der Überprüfung deutlich machten, dass durch das beauftragte Büro im Bereich Merseburg von falschen Annahmen ausgegangen wurde. Die nachfolgende Kontrollberechnung habe dazu geführt, dass es zwar weiterhin einen Anstieg im Bereich der Merseburger Straße, südlicher Abschnitt gibt, dieser aber mit den bestehenden Verkehrsinfrastrukturangeboten zu bewältigen ist.

Abschließend machte er deutlich, dass die drei zusätzlichen Folien nicht zur weiteren Verwendung gedacht waren.

#### **zu 11.30 Anfrage Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Unterstützung des BAMF**

---

In Bezug auf das Angebot des Oberbürgermeisters, städtisches Personal zur Unterstützung des BAMF zur Verfügung zu stellen, fragte **Herr Scholtyssek** nach dem Konzept zur organisatorischen Bewerksstellung des Angebotes.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies darauf, dass es reine Spekulation sei, da es von den Gesprächen mit dem BAMF abhängig gewesen wäre. Die Rechtsgrundlagen für die Unterbreitung des Angebotes ergäben sich aus dem Asylverfahrensgesetz. In der aktuellen Stunde des Hauptausschusses habe er dazu schon ausführliche Erläuterungen gegeben.

#### **zu 11.31 Anfrage Herr Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Bürgerveranstaltung Gemeinschaftsunterkunft Wolfgang-Borchert-Straße**

---

**Herr Schachtschneider** berichtete über die nicht öffentliche Bürgerveranstaltung bezüglich der Gemeinschaftsunterkunft in der Wolfgang-Borchert-Straße, zu welcher ca. 900 Einwohner anliegender Straßen eingeladen waren, die Presse jedoch ausgeschlossen wurde.

Er fragte nach dem Sinn einer solchen Veranstaltung, wenn zwar die Einwohner eingeladen, die Presse jedoch explizit ausgeschlossen werde.

Des Weiteren fragte er an, wer die Auswahl der eingeladenen Anwohner getroffen habe und weshalb die Anzahl so begrenzt war.

Seiner Ansicht nach hätte man schon bei der Planung der Veranstaltung auf größere Räumlichkeiten zurückgreifen müssen.

Abschließend bat **Herr Schachtschneider** um Mitteilung, welche „geheimen“ Informationen es bei der Veranstaltung gegeben habe, da diese als nicht öffentliche Veranstaltung ausgeschrieben wurde.

**Herr Paulsen, Grundsatzreferent**, merkte dazu an, dass es keine öffentliche Veranstaltung war, sondern ein begrenzter Kreis von Anwohnern zu einer Informationsveranstaltung eingeladen wurde. Den Kreis der Anwohner habe man für überschaubar gehalten, da es nach bisherigen Erfahrungen der Verwaltung als die beste Lösung angesehen wurde. Aus diesem Grund wurden nur die Bewohner rund um die neu entstehende Gemeinschaftsunterkunft eingeladen

**Herr Schachtschneider** machte darauf aufmerksam, dass seiner Ansicht nach die Auswahl der Anwohner willkürlich erfolgte und auch die zuständigen Stadträte im Wahlbereich wurden bei der Einladung übergangen. In diesem Zusammenhang fragte er an, weshalb auch die Presse „ausgesperrt“ worden ist.

Er bat darum, zukünftig solche Veranstaltungen öffentlich zugänglich zu machen, da er keinen Grund sehe, Öffentlichkeit auszuschließen.

Durch **Herrn Paulsen** wurde darauf aufmerksam gemacht, dass in dem betreffenden Stadtteil 44.000 Menschen wohnen und nicht alle zu solchen Veranstaltungen eingeladen werden können. Im Zweifelsfall würde es dazu führen, dass gerade die wirklich nah an den Gemeinschaftsunterkünften wohnen Personen wegen überfüllter Räumlichkeiten nicht mehr an der Veranstaltung teilnehmen können.

Des Weiteren machte er deutlich, dass es wichtig sei, das unmittelbare Umfeld über solche Vorhaben zu informieren, was nur mit der vorgegangenen Art und Weise sichergestellt werden kann.

---

### **zu 11.32 Anfrage Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Moritzburg**

---

**Herr Bönisch** fragte nach, ob die städtischen Gremien schon über den Inhalt des Angebotes des Oberbürgermeisters bezüglich der Moritzburg an das Land informiert worden sind.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte darauf aufmerksam, dass er Vorverhandlungen mit dem Minister geführt hat, dort aber kein Ergebnis zustande kam. Aus diesem Grund könne er dem Stadtrat auch keinen Vorschlag vorlegen.

**Herr Bönisch** wies darauf hin, dass Herr Oberbürgermeister bisher viel Zeit und Geld aufgewandt habe, es aber passieren könnte, dass der Stadtrat seinen Vorschlägen nicht



zustimmt. Auch werde laut Gesetz empfohlen, den Stadtrat frühzeitig über solche Pläne in Kenntnis zu setzen.

#### **zu 11.33 Anfrage Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum Parkdruck im Steintor-Viertel durch die Inbetriebnahme des GSZ "Steintor Campus"**

---

**Herr Bönisch** fragte nach, ob der Verwaltung Erkenntnisse vorlägen, wie der Parkdruck im Steintor-Viertel durch die Inbetriebnahme des GSZ steigen wird und welche Planungen es dazu gäbe.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, informierte, dass die Verwaltung aufgrund der Beschlussfassung des Stadtrates eine Untersuchung bezüglich des Paulus- und des Medizinerviertels in Auftrag gegeben habe. Momentan befinde man sich in der Schlussphase der Fertigstellung der Ergebnisse, die nach der Geschäftsbereichsbeteiligung in den Stadtrat gegeben werden.

Da es vom Land nicht zu einem Ergebnis zur Realisierung eines Parkhauses für den Steintor-Campus kam, hat die Stadt eine Einnahme in der Stellplatzabläse und könnte, bezogen auf das Paulus- und Medizinerviertel, reagieren. Für diese beiden Bereiche wurden, entsprechend dem Ratsbeschluss, Aufträge ausgelöst.

#### **zu 11.34 Anfrage Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum Halteverbot August-Bebel-Straße**

---

**Herr Bönisch** erinnerte daran, dass er schon mehrfach eine Prüfung dahingehend angeregt habe, ob in der oberen August-Bebel-Straße bis zum Weidenplan das Parkverbot in Halteverbot umgewandelt werden könnte. Die Verwaltung habe dazu eine Überprüfung zugesichert.

Seine Anfrage, ob es tatsächlich eine Prüfung geben wird, wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bestätigt.

#### **zu 11.35 Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, zum Industriegebiet Star Park**

---

**Herr Dr. Meerheim** bezog sich auf einen Vertrag zum Star Park, der mit den Gemeinden östlich der Autobahn abgeschlossen wurde. Darin wurde geregelt, wie das Steueraufkommen, was auf diesem Gelände erzielt wird, zwischen den Gemeinden und der Stadt Halle verteilt werden soll.

Im Vertrag war geregelt, dass die Grunderwerbssteuer den Gemeinden zufallen soll, bei der Gewerbesteuer sollte die Stadt Halle 90 Prozent und die anliegenden Gemeinden 10 Prozent bekommen.

Er fragte an, ob sich die Stadt Halle schon einmal bei der Gemeinde Landsberg oder den Vorgängergemeinden wegen erzielter Steuereinnahmen erkundigt habe und wenn das erfolgt ist, was eingenommen wurde.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bestätigte eine Nachfrage diesbezüglich. In der Beantwortung dessen wurde deutlich gemacht, dass keine Einnahmen eingenommen worden sind und deshalb momentan keine Rückführungen an die Stadt erfolgen.

Eine Nachweisführung wurde dahingehend erbracht, dass auf Anfrage gesagt wurde, dass es keine Steuereinnahmen gab. Dies hängt mit den Aufteilungen der Gewerbesteuer und den Gewinnabführungen zusammen. Da es sich um sehr junge Unternehmen handelt, würde in den ersten Jahren kein Gewinn zur Gewerbesteuer führen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sicherte die Nachreichung schriftlicher Erläuterungen bezüglich der Nachweisführung durch die Gemeinde Landsberg zu.

## zu 12      **Anregungen**

---

### zu 12.1      **Anregung der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Aufstellen eines Ortseingangs- und Ortsausgangsschildes für den Saaleradweg** **Vorlage: VI/2015/01309**

---

Die Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM regte an, ein Ortseingangs- sowie ein Ortsausgangsschild für den Saaleradweg in Höhe der Kleingartenanlage Saaletal Lettin e.V. aufzustellen.

### zu 12.2      **Anregung Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum Catering**

---

**Frau Dr. Wünscher** regte an, bei zukünftigen Entscheidungen zum Catering während der Stadtratssitzungen die Mitglieder des Stadtrats mit einzubeziehen. Ebenso sollte die Bereitstellung von Getränken und ähnliches, wegen der Länge der Sitzungen, über einen längeren Zeitraum erfolgen. In diesem Zusammenhang verwies sie darauf, dass es auch volljährige Personen in der „Kinderfirma“ gäbe, die nötigenfalls die spätere Betreuung übernehmen müssten.

**Herr Paulsen, Grundsatzreferent**, teilte dazu mit, dass hinsichtlich der Länge der Betreuung durch den Caterer auch mit professionellen Anbietern diskutiert wurde und es auch für Firmen nicht machbar sei, über einen Zeitraum bis 20 oder 22 Uhr Mitarbeiter zu beschäftigen, da der Umsatz in dieser Zeit zu gering ist. Aus diesem Grund hätte man auch mit jedem anderen Anbieter einen Abschluss ab 18 Uhr vereinbart.

Bezüglich der Auswahl der Caterer verwies **Herrn Paulsen** darauf, dass es hierbei um klassisches Verwaltungshandeln geht und die Versorgung des Stadtrates immer durch die Verwaltung organisiert wurde.

Aufgrund des guten Feedbacks zur aktuellen Auswahl des Caterings sehe er keinen Bedarf, von dem bewährten Verfahren abzuweichen.

### zu 12.3 Anregung Herr Senius, SPD-Fraktion, zur Metropolregion

---

**Herr Senius** regte an, bevor man das Engagement der Stadt in arbeitsmarktpolitische Instrumente und Projekte von zufällig angesprochenen Kontakten mit der Metropolregion abhängig macht, die Arbeitsagentur aufzusuchen. Dort werde sehr umfassend über alle möglichen Initiativen, Maßnahmen und Projekte informiert, die als öffentlicher Arbeitgeber möglich sind.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bedankte sich bei Herrn Senius für die Information und lud ihn zur Metropolregion ein.

### zu 12.4 Anregung Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu Gesprächen mit dem Land zur Moritzburg

---

**Herr Wolter** regte an, dass Herr Oberbürgermeister im nächstmöglichen Finanz- oder Hauptausschuss noch einmal ausführlich über den Stand zur Finanzierung der Moritzburg und die Verhandlungen mit dem Land berichtet.

Er halte es nicht für förderlich, das Landesverwaltungsamt mit einer eigentlich schon geklärten Situation zu konfrontieren.

### zu 13 Anträge auf Akteneinsicht

---

Es lagen keine Anträge auf Akteneinsicht vor.

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete den öffentlichen Teil der Sitzung des Stadtrates vom 28.10.2015.

---

Dr. Bernd Wiegand  
Oberbürgermeister

---

Hendrik Lange  
Vorsitzender des Stadtrates

---

Maik Stehle  
Protokollführer